

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1912**

142 (21.6.1912) Erstes Blatt



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
 Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Abgaben abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481  
 Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.  
 Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128  
 Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:  
 Buchdruckerei G. d. & Co., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gemeindefachliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
 Karl Ziegler in Karlsruhe.

### Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

### Der Wunsch des heiligen Vaters.

Durch seinen Stabstrompeter, den Münchener Nuntius, läßt Papst Pius das Signal geben: Das Ganze halt! Er wünscht, daß die verdrießliche und schädliche Polemik bezüglich der Arbeiterorganisationen aufhöre. Beide Teile sollen die Erörterungen, insbesondere in der Presse, einstellen und es dem Heiligen Stuhl überlassen, die wichtige Frage im Einverständnis mit den Bischöfen zu prüfen und dann angemessene Verhaltensmaßregeln zu geben. Die Kurie will mit anderen Worten Zeit gewinnen und sie zu einer eingehenderen Untersuchung des Problems benötigen, ob der Heilige Vater seinen Segen an die richtige Adresse gefandt hat und ob besagter Segen nicht am Ende etwas zu kräftig ausgefallen ist.

Die „Germania“, die von sich behauptet, sie sei völlig neutral, der aber die Köhler nicht mit Unrecht einseitige Parteinahme zugunsten der Fachabteilungen nachsagen, bezieht sich, kindlichen Gehorsam zu geloben und in ihrer Demut und Ergebenheit vermag sie nichts anderes als noch einmal die Worte zu stammeln, mit denen der Präsident des Mainzer Katholikentages sich jeder eigenen Meinung begab: „Heiliger Vater, wenn du siehst, daß wir in die Irre gehen, dann rufe uns zurück, denn wir sind treue Katholiken und bleiben es.“

Kein Zweifel: die Berliner werden diesem Beispiel der „Germania“ folgen und damit handeln sie ja nur konsequent. Sie unterwerfen sich in allem dem päpstlichen Willen, sie warten also auch in Geduld ab, wie sich die Kurie endgültig entscheiden wird. Aber der Gehorsam fällt ihnen auch leicht. Sie wissen ganz genau, daß auf welchem Ausweg die Kurie am Ende auch verfallen mag, die Entscheidung sicher nicht gegen Berlin lauten wird. Sie fann um ihre wahre Meinung über die christlichen Gewerkschaften herumreden, sie kann diese Organisationen sogar ausdrücklich als zu duldbare hinstellen, doch wird sie niemals einen Zweifel darüber lassen, daß der Sitz Berlin das bessere Teil erwählt hat. Dazu kommt, daß den Fachverbänden eine Fortsetzung der öffentlichen Diskussion in der Presse und in Versammlungen auch nicht einmal inympathisch wäre. So ist ihre Sache nicht, daß sie sich auf dem offenen Markte gut verteidigen ließe. Die Christen stellen an der Hand von Ziffern die praktische Bedeutungslosigkeit ihrer überchristlichen Gegner fest, sie weisen nach, daß sie vom finanziellen Ruin nicht mehr weit entfernt sind und das Programm, mit dem die unbedingt Papsttreuen kreben gehen, ist auch nicht so beschaffen, daß es bei den Arbeitern den schlechten Eindruck jener Entbehrungen bewirken könnte. Man schließt ganz gern die Debatte und setzt sein Vertrauen lieber als auf die Maulfertigkeit der Sekretäre auf die diplomatische Gewandtheit der mit allen vatikanischen Wassern gewandten Unterhändler, die sich, obwohl sie keine Arbeiter sind, doch der Interessen der katholischen Arbeiterchaft mit soviel Wärme und einer so schonen Selbstlosigkeit annehmen.

Anders stehen die Dinge auf der Seite der Barmherzigen und der Gewerkschaften. Die Christen haben in den letzten Wochen eine recht lebhaft Agitation entfaltet. Sie haben Versammlungen einberufen, Resolutionen angenommen und auch in ihren Fachblättern weidlich Lärm geschlagen. Nun sollen sie auf einmal verstummen und abwarten, bis Rom sich eine Meinung gebildet hat und entsprechende Verhaltensmaßregeln erteilt. Das ist sehr viel verlangt, aber wenn sie dem Gebot nicht folgen, kommen sie in eine sehr böse Situation. Wenn ihre Gegner schweigen und sie selbst weiter lärmen, dann sagt man in Rom: „Aha, die Katholiken in den Gewerkschaften gehorchen den Befehlen des Heiligen Vaters nicht mehr“ und ihre Position ist von vornherein sehr ungünstig. Auch müssen sie in diesem Fall gewärtig sein, daß die „Kölnische Volkszeitung“ und die anderen Zentrumsorgane, die bisher mit einem mehr oder weniger schlechten Gewissen die gewerkschaftliche Sache verteidigt haben, ihnen nicht mehr in demselben Maße wie in den letzten Wochen zur Verfügung stehen, im Gegenteil sogar anfangen werden, ihnen die kalte Schulter zu zeigen. Soweit geht die Sympathie der Barmherzigen denn doch nicht, daß sie um der Arbeiter willen den Kredit, den das Zentrum in Rom genießt, vollends aufs Spiel setzen und den Osterdienstagseuten die Wege ebnen. Sie werden ihren ganzen Einfluß aufbieten, um das Temperament der Gewerkschaftler zu dämpfen.

Und wenn ihnen das gelingt, was dann? Nun, dann wird das den „interkonfessionellen“ Verbänden in Rom auch nicht viel nützen, aber sie haben einen neuen und ab-

solut unumstößlichen Beweis für ihre Abhängigkeit von der Kurie erbracht und alle Versuche, die bekannnten feinen Unterscheidungen zwischen dem Gehorsam in geistlichen und dem in weltlichen Dingen zu machen, werden nur lächerlich wirken.

Das ist die Zwidmühle. Daß sie zustande kommen konnte, liegt an der innerlich unwahren Politik der christlichen Gewerkschaften und an der Inkonsequenz und Halbheit ihrer journalistischen und sonstigen Freunde im Zentrum. Die Gewerkschaften haben es niemals gewagt, sich das Sinecure des Roms rücksichtslos und ohne Umschweife zu verbitten und sie ließen es sich gefallen, daß die klerikalen Organe, die sich zu ihren Sekundanten aufwarfen, an den besser zu unterrichtenden Papst appellierten und die deutschen Bischöfe mobil zu machen suchten, um eine Veränderung in der Stellung des Vatikans herbeizuführen. Wer dem Heiligen Stuhl das Recht zuspricht, die Gewerkschaften anzuerkennen, der fann ihm das Recht nicht aberkennen, sie zu verurteilen, und der übernimmt die Pflicht, all seinen Weisungen, die sich auf Wesen und Taktik der Arbeiterorganisationen beziehen, zu parieren.

In der Verzweiflung hat man sich ja daran gemacht, Parallelen zu ziehen und erklärt, daß doch nicht nur die Arbeiter, sondern auch andere Berufsstände sich in interkonfessionellen und akonfessionellen Vereinigungen zusammenfänden und daß es daher eine Inkonsequenz sein würde, wenn der Papst, der weder den Philologenvereinen noch den Regellclubs Schwierigkeiten bereite, sich wider die christlichen Gewerkschaften wende. Die Toren, die nicht sehen, was denn letzten Endes das Motiv für das Vorgehen gegen die Christen ist. Von einer mit führenden Persönlichkeiten im katholischen Lager in enger Verbindung stehenden Seite wird der „Reichsbote“ daran erinnert, daß die Anregung zur Bildung katholischer Fachabteilungen auf feudale induitrielle Kreise in Schlesien zurückzuführen sei, zu denen nebst der Fürstbischöf Kopp die besten Beziehungen unterhalte. Diese feudol-industriellen Kreise — das braucht uns nicht erst der „Reichsbote“ zu verraten — arbeiten in Rom gegen die Gewerkschaften und Pius X., der die Interessen des katholischen Glaubens wahrzunehmen glaubt, ist nur der Geschobene des Indutriefapitalismus. Nicht der interkonfessionelle Charakter der christlichen Gewerkschaften ist an ihrer Verdamnis schuld, sondern ihre wenn auch noch so abgedämpfte antikapitalistische Tendenz und die Inkonsequenz liegt nicht sowohl in Rom, als bei denjenigen Arbeitern, die einen sozialen Kampf mit religiösen und konfessionellen Erwägungen vereinen wollen und die glauben, sie könnten dem Papst, sowie einer dem Kapitalismus dienbaren Kirche gehorchen und gleichzeitig die Sache der Arbeit gegen die Sache der Rente erfolgreich wahrnehmen.

### Die Meeres- und Flottenrohren und das leichtsinnig entfaltete Fähnlein.

Wilhelm II. hat am Dienstag bei der Segelwettfahrt des Norddeutschen Regattabereins in Hamburg eine Rede gehalten, die wir registrieren, da sie wohl wieder Gegenstand der Erörterung in der Presse werden wird.

Bürgermeister Dr. Burchard begrüßte den Kaiser. Er erinnerte an den Stapellauf des „Imperator“ und bemerkte dann: Freiheit des Wettbewerbes auf dem Lande, auf dem Wasser, in den Lüften, wir verlangen sie für uns, wie wir sie keiner anderen Macht beschränken. Schließlich sprach Dr. Burchard nach den Berichten bürgerlicher Blätter noch das gewagte Wort aus: Heute sind alle Deutsche in gewissem Sinne Seeleute; denn alle sind meeresfroh und flottenfroh und froh des deutschen Kolonialbesitzes!

Wilhelm II. erwiderte: „Wir erfahren aus der Sitze, die Euer Magnifizenz entworfen haben, wie doch in allen Jahrhunderten die Geschichte unseres Reiches und Volkes, obwohl im allgemeinen eines kontinentalen, doch immerhin mit dem Meere und dem Wasser in Verbindung gestanden hat und mehr oder weniger davon beeinflusst gewesen ist. Bloß, wie hervorgehoben, fehlte es an der Zusammenfassung der Kräfte. Die ebenso interessante wie schöne und eine Zeitlang gewaltige Blüte der Hanse mußte vergehen, weil der Rückhalt der kaiserlichen Reichsgewalt fehlte. Durch die Schöpfung des Reiches unter meinem Großvater ist es anders geworden und nunmehr kann der deutsche Kaufmann nicht unter fremder, sondern unter eigener Flagge ruhig seinen Weg ziehen, er kann alle seine Fähigkeiten anspannen und ist sicher, daß, wo es nötig ist, des Reiches Schutz hinter ihm steht. Das ist nur möglich, wenn alle Kräfte unter unserer deutschen Flagge zusammengefaßt werden. Aber, wie Sie alle wissen, meine Herren, die Flagge muß in Ehren wehen und es darf nicht leichtsinnig ihr Tuch in den Winden ent-

faltet werden und nicht leichtsinnig darf sie aufgepflanzt werden, wo man nicht sicher ist, sie verteidigen zu können. Sie werden es verstehen, warum ich Zurückhaltung geübt habe in der Ausbreitung der deutschen Flagge, wo sie leicht von manchem gewünscht und ersehnt war. Ich habe mich von einem alten hanseatischen Grundsatze leiten lassen und der steht in markigen Lettern am Rathaus zu Lübeck: „Das Fähnlein ist leicht an die Stange gebunden, aber es kostet viel, es mit Ehren wieder herunter zu holen.“ Nun, meine Herren, ich glaube das wohl vindizieren zu können, daß bisher der Ehre unserer Flagge noch niemand zu nahe getreten ist, solange wie ich regiere. Dafür fann ich mich einsetzen und dafür fann ich stehen: da, wo Sie vorangehen, da wird meine Flagge Ihnen folgen.“

Ueber Dr. Burchards Feststimmung, in welcher er alle Deutschen meeres- und flottenfroh sah, wollen wir nicht richten. Uebrigens wird er wohl heute die 1/4 Millionen sozialdemokratischer Reichstagswähler von seiner Rechnung in Abzug gebracht haben, da sie keine Flotten-schwärmer sind, er sie also nicht als flottenfroh ansprechen kann. Bezweifeln möchten wir aber, ob die Meeres- und Flottenfrohren vom Schläge Dr. Burchards, und solche, die für den Imperialismus schwärmen und gern ihr Fähnlein in allen Winkeln der Erde aufpflanzen möchten, von der Hamburger Kaiserrede besonders erbaut worden sind.

Die „Tägliche Rundschau“ sieht in den Worten von dem Fähnlein, das leicht an die Stange gebunden, aber schwer herunterzuholen sei, auch einen Hieb gegen die Politik der Alldeutschen, insbesondere gegen ihre Marokkopolitik. Andererseits meint das Blatt, die Worte über die Flagge, deren Tuch nicht leichtsinnig in den Winden entfaltet werden dürfe, bezögen sich auf den Sieg der „Gagag“ und des Lloyd über die zum Fürstentum gehörende Meederei-A.G., deren Geschäft auf Konzessionierung des Auswandererbetriebs über Emden der Bundesrat eben abgelehnt hat, was natürlich einen ansehnlichen Erfolg der „Gagag“ und des Lloyd bedeute, die künftig regelmäßig nicht nur Güter, sondern auch Auswanderer über Emden befördern werden. Der Bundesrat habe seine Ablehnung gegenüber dem Fürstentum mit dem Mangel an Bedürfnis begründet. Tatsächlich soll aber von Hamburger Seite der Kaiser überzeugt worden sein, daß die Gewährung der Emdener Konzession an den Fürstentum einem sehr zweifelhaften Geschäft, auf nur wackelige Beine helfen werde. Auf die Verweigerung der Konzession an den Fürstentum, die am Dienstag in Hamburg das Tagesgespräch bildete, seien die Kaiserworte zu beziehen.

Während die linksliberalen Blätter bemerken, was der Kaiser über das leichtsinnige Flaggenhissen sagte, sei unbestreitbar richtig, nehmen die konservativen Organe den Mund voll. Die „Post“ schreibt am Schluß eines Artikels: „Mag der Kaiser das Fähnlein nur an die Stange binden, — sein Volk wird Sorge tragen, daß es mit Ehren wieder herunterkommt!“ Wir meinen, das „Volk“ hat darüber erst ein Wörtchen mitzureden.

### Deutsche Politik.

Angst vor der Erbschaftsteuer. Es wurde kürzlich berichtet, daß im Reichsschatzamt die Vorarbeiten für die neuen direkten Reichsteuern schon ziemlich weit vorgeschritten seien, und daß aller Voraussicht nach der Staatssekretär des Schatzamtes im kommenden Herbst schon dem Reichstage seine Vorschläge zu unterbreiten gedenke. Diese Eile ist den Blauschwarzen außerordentlich unangenehm. Die Wehrvorlagen sind vorerst mal gedeckt und man hatte gehofft, sich mit der Spiegelfechtere des Erzberger-Basermannschen Antrags aus der Schlinge ziehen und die Befürchten vor dem Herbeizug zu den Heereslasten retten zu können. Nun hat aber das sachliche Regierungsorgan, die „Leipziger Zeitung“, unangenehme Andeutungen gemacht, die dahin gingen, die Erbschaftsteuer sei schließlich nicht zu umgehen und man tue am Klügsten, wenn man sich endlich mit ihr abfände. — Die „Kreuzzeitung“ lief gleich in einem Leitartikel Sturm gegen solche feigerischen Ansichten und wehrt sich nach wie vor mit Händen und Füßen gegen eine Steuer, die allerdings die bedenkliche Eigenschaft hat, daß sie Steuerdrückbergereien nicht günstig ist.

Jetzt kommt nun die „Germania“ dem Zunkerorgan zur Hilfe und schreibt in ihrer Nummer vom 18. Juni: Wenn der Bundesrat und der Reichstanzler nicht von allen guten Geistern verlassen sind, dann legen sie gerade die Kindererbschaftsteuer nicht vor und zwar aus politischen und taktischen Gründen. Die letzteren sind sehr einfach: es ist im höchsten Grade zweifelhaft, ob eine solche Vorlage eine Mehrheit erhält. Man fann sich kaum ein und dieselbe Kindererbschaftsteuer denken, für welche Frhr. v. Camp und Pöschel stimmen werden. Selbst wenn man damit



rechnet, daß sich die Mehrheit für den Gedanken der Kindererbschaftsteuer ergibt, so ist dies noch lange keine Mehrheit für einen bestimmten Gesetzesentwurf, der solche Einzelheiten enthalten kann, daß er in der Schlussabstimmung doch keine Mehrheit hat, oder daß der Bundesrat ihn nicht annimmt. Eine Steueraktion, die von Anfang an damit rechnet, daß sie letzten Endes auf zwei oder vier Augen im Reichstage gestellt ist, hat keinen Erfolg zu erwarten. So aber dürfte die Sache derzeit liegen. Politisch würde eine solche Vorlage den schärfsten Kampf unter den bürgerlichen Parteien hervorrufen, zur Freude der Sozialdemokratie, wie der Reichsminister sehr zutreffend im Reichstage bemerkt hatte. Die ganze Sammlung der bürgerlichen Parteien würde auf Jahre hinaus unterbunden und der Kampf aller gegen alle als oberste Regierungsweisheit angesehen. Ein Kanzler, der an die Zukunft des Reiches denkt, kann nicht den ersten Stein zu einem solchen Kampfe werfen, zu einem Kampfe, bei dem über 60 Prozent seiner Mitstreiter die 110 Sozialdemokraten werden müßten, wenn er auch nur eine geringe Aussicht auf Erfolg haben soll. Kein Reichsminister aber kann so vermessentlich handeln, daß er mit Scheidemann und Bedebour den Kampf gegen bürgerliche Parteien, in einer politischen Frage zu führen entschlossen ist. Dies wäre einfach Wahnsinn und Selbstmord, wenn auch das „Berl. Tagebl.“ davon entzückt sein würde. Die Frage der Erbschaftsteuer ist durch den Fürsten Bilow eine politische Frage geworden; man kann diese Entwicklung bedauern, aber mit der Tatsache muß man rechnen. Es ist dies eine der schlimmsten Erbschaften des früheren Regimes. Solche Dinge werden nicht durch Ueberwindung aus der Welt geschafft: es gibt eben auch in der Politik heißes Eisen, das der kluge Mann liegen läßt.

Herr Bethmann-Hollweg wird sich vermutlich beeilen, diesem in halb bittender, halb drohender Form gegebenen Befehl der ultramontanen Führer des schwarz-blauen Blocks nachzukommen. Hat er in der Debnungsfrage insoweit A gesagt, daß er die Erbschaftsteuer ganz verziehen und die Mehrerträge der Einkommensteuern akzeptierte, und auf die Erschließung neuer Einnahmen in Verbindung mit der Wehrvorlage selbst verzichtete, so wird er jetzt auch B sagen und auf die Erbschaftsteuer ganz verzichten müssen. Die Ministerialen wissen ja auch, was sie an Bethmann haben: er ist nicht der Mann, der den Schwarz-Blauen Trost zu bieten vermöchte.

Ein verfehlter Rechtfertigungsversuch. Mit einem gewaltigen Aufwand von juristischer Spitzfindigkeit sucht die „Germania“ das Kgl. Bayerische Amtsgericht Dadau zu rechtfertigen, das der Mutter eines unehelichen Kindes, die sich inzwischen mit einem von seiner ersten Frau geschiedenen Manne verheiratet hatte, das Erziehungsrecht streitig macht und sich dabei auch auf die „tief verletzten religiösen Gefühle des für das katholische Kind bestellten Vormundes beruft“, welchem „nach eigenem Vorbringen und nach Brief der Kindesmutter diese immer noch aufzuerfordern, ihren Ehemann zu verlassen“.

Die „Germania“ stützt sich auf eine Erklärung, die der verantwortliche Oberamtsrichter in einem Augsburgener Blatt abgegeben hat und in der er ausführt, daß die durch die Amtsverschwiegenheit gedeckten früher geltend gemachten Beanstandungen des Vormunds, die den Beschluß des Vormundschaftsgerichts veranlaßten, keine Spur eines Hinweises auf das nicht kirchliche Eheverhältnis der Kindesmutter enthielten. Also habe das Gericht der Mutter das Recht auf ihr Kind gar nicht mit Rücksicht auf ihre gelegentlich gültige kirchlich unzulässige Ehe vorenthalten und habe sich „als solches“ auch gar nicht die kirchlich-religiösen Anschauungen des Vormunds angeeignet.

Das „als solches“ ist besonders amüßant. Seit steht, daß das Dachauer Vormundschaftsgericht seine früher getroffenen Anordnungen erneuerte. Schon mit Rücksicht auf die religiösen Gefühle des Vormundes, und seit steht, daß in dem amtlichen Schriftstück die auf dem kanonischen Recht beruhende Auffassung des Vormunds über den Charakter der vorliegenden Ehe ohne ein Wort ablehnender Kritik wiedergegeben wird. Im Gegenteil, das Vormundschaftsgericht bezeichnet die Ansicht, daß die Ehe ein Konfubinal und ehebrecherisches Verhältnis sei, als durch den § 1588 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gedeckt.

Ob am Ende noch andere Gründe vorgelegt haben,

der Kindesmutter das Erziehungsrecht zu nehmen, und ob diese Gründe einer Nachprüfung standhalten, ist ganz gleichgültig, der springende Punkt ist der, daß ein Königl. Bayerischer Vormundschaftsrichter „als solcher“ bei seinen Anordnungen religiös-konfessionellen Ermäugungen Raum gibt, die den Rechtsanschauungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs zuwiderlaufen. Der spaltenlange Verteidigungsversuch der „Germania“ kann diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen und so wird es uns auch weiterhin niemand verübeln dürfen, wenn wir die Ansichten des Dachauer Vormundschaftsgerichts als einen Ausfluß des Geistes betrachten, der das derzeitige bayerische Regime kennzeichnet.

Erhebungen. Wie der „Reichsbote“ mitteilt, wurde auf einer Wittere vorigen Monats im Reichsamt des Innern mit Sachverständigen und Vertretern der Bundesregierungen, der Landesversicherungsanstalten und der Berufsgenossenschaften abgehaltenen Konferenz eine Kommission aus fünf Mitgliedern eingesetzt, deren Aufgabe es sein soll, die für die künftigen Entschlüsse der gelehrenden Körperschaften über eine Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente notwendigen statistischen Unterlagen zu beschaffen. Man will feststellen, ob die bisherige Schätzung über finanzielle Belastung, die mit 30 Millionen Mark angenommen war, von denen 10 Millionen auf die Reichskasse entfallen, zutreffend ist. Man wird so lange statistische Erhebungen anstellen, bis eine neue „Wehrvorlage“ dazwischen kommt und das Geld, das den alten Proletariern zugute kommen sollte, restlos aufströmt.

Ein Ständewahlrecht für den Reichstag empfiehlt der konservative Schriftsteller Nordhausen neuerdings im „Tag“. Das Ständewahlrecht ist eine alte konservative Forderung und wenn sie in der letzten Zeit häufiger und dringender erhoben wird, so kommt das daher, daß die Liberalen wegen der 4 1/2 Millionen sozialdemokratischen Stimmen den Geschmack am allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht verloren zu haben scheinen und sich ernsthafter mit der Möglichkeit einer Wahlrechtsänderung befaßten. Die Liberalen verlangen freilich ein Proportionalwahlrecht, das die Nationalliberalen durch ein Pluralistischem fortzuziehen möchten. Der konservative Schriftsteller Nordhausen dagegen meint:

„Die Verhältnismäßigkeit der deutschen Stimmungen eine grenzenlose Buntigkeit der Volksvertretung im Gefolge haben würde, bereitet den Weg für ein ständisches Wahlsystem. Wie tief die Sehnsucht danach geht, erkennt jeder, der sich ein bißchen mit Kongreßberichten beschäftigt. Kein großer Wirtschaftsbereich, keine Kunst oder Innung, keine Gemeinschaft mit idealen Zwecken, die nicht durch Leute ihres Vertrauens unmittelbar die Gesetzgebung beeinflussen möchte.“

Ein klug aufgebautes, ständisches Wahlsystem, das den Ständebegriff nicht zu eng faßt, vermag sie alle zu befriedigen. Vielleicht hätten die meisten konservativen gerichteten Verteidiger dieses Wahlrechts sich mit ihren Wünschen nicht hervorgegagt, wenn der Radikalismus weniger nachdrücklich am bestehenden Reichstagswahlrecht gerüttelt hätte. Nun aber hieße weiteres Schweigen Unweisheit und Feigheit.“

Daß die Angriffe auf das Reichstagswahlrecht heftiger werden, je stärker die Sozialdemokratie aus den Reichstagswahlen hervorgeht, ist selbstverständlich. Aber eben die größere sozialdemokratische Macht wird auch zu verhindern wissen, daß die konservativen Bäume in den Himmel wachsen und das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstage nach reaktionär-konfervativem Rezept verhandelt wird.

Die Abgeordnetenwahlen in Gotha und Koburg. Bei den am Dienstag vollzogenen Abgeordnetenwahlen für den Gothaer Landtag hat die Sozialdemokratie, wie die Wahlmännerwahlen voraussehen ließen, zwei neue Mandate erobert: D h r d r u f und F r i e d r i c h s r o d a. Die sozialdemokratische Fraktion hat nunmehr neun Sitze unter 19. Es hat nicht viel gefehlt, so wäre auch ein zehnter Kreis erobert worden, jedoch wie die Majorität im Landtag gehabt hätten. In allen Kreisen haben wir unseren Bestand gefestigt. Die Liberalen verlieren drei Mandate, zwei an die Sozialdemokratie und eins an die

Agrarier. Der Landtag setzt sich nunmehr zusammen aus 9 Sozialdemokraten, 6 Agrariern und 4 Liberalen. Bei den Abgeordneten zum K o b u r g e r Landtag ist der eine Kreis, in dem die Sozialdemokratie eine Wahlmännermehrheit hatte, verloren gegangen. Es wurden gewählt: vier Agrarier, vier Nationalliberale und drei Fortschrittler. Im Wahlkreise D e s l a u hatte die Sozialdemokratie eine Wahlmännermehrheit; bei der Abgeordnetenwahl stellte sich aber Stimmengleichheit heraus. Das Los entschied dann zugunsten der Nationalliberalen.

Preussische Abgeordneten-Immunität. Die Genossen B o r c h a r d t und L e i n e r t hatten bekanntlich seinerzeit gegen den Polizeileutnant K o l b und die vier Schutzeleute, die sie auf Befehl des Kammerpräsidenten v. Erffa im Landtag attackierten und ihre Immunität grob verletzten, Strafanzeige wegen Vergehens gegen §§ 105 und 106 St.-G.-B. erstattet. Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht weigerte sich, der Anzeige Folge zu geben; auf die von Borchardt und Leinert hiergegen erhobene Beschwerde ging dem Genossen Borchardt am 18. Juni folgende Antwort zu:

Der Oberstaatsanwalt Anzeigefache wider Kolb u. Gen. des Kgl. Kammergerichts, wegen Vergehens wider §§ 105, 106 St.-G.-B.

Ihre Beschwerde vom 11. Juni 1912 gegen die Verfügung des Herrn Staatsanwalts vom 30. Mai 1912 ist nicht begründet. Der Tatbestand des Vergehens gegen §§ 105, 106 St.-G.-B. wird nur durch ein rechtswidriges Handeln erfüllt. Ob im vorliegenden Falle die Beschuldigten widerrechtlich gehandelt haben, ist eine Frage des Staatsrechts. Sie ist reichsrechtlich nicht geregelt. Ihre Entscheidung kann daher nur nach preussischem Verfassungsrecht erfolgen.

Daß der § 64 der Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses nicht gegen die Artikel 78 und 84 der preussischen Verfassung verstößt, hat der Herr Erste Staatsanwalt einmündig dargelegt.

Nachdem Sie der Aufforderung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, den Sitzungssaal zu verlassen, keine Folge geleistet hatten, war der Beschuldigte Kolb, dessen Bestand der Präsident in Anspruch genommen hatte, befragt, die nach seinem Ermessen nötigen Maßregeln zu treffen. Er selbst, sowie die von ihm beauftragten Beschuldigten Wötcher, Rothenberg, Krauff und Kramp handelten hiernach rechtmäßig.

Unterschrift (unleserlich). Mit fadenscheinigeren Gründen ist wohl selten in einer hochwichtigen Rechtsfrage der Bescheid einer Behörde ausgestattet worden, es ist selbstverständlich, daß nunmehr die Entscheidung des Kammergerichts selbst angerufen wird. Der höchste preussische Gerichtshof mag nun entscheiden, ob die Geschäftsordnung des Landtags über die Verfassung und über das Reichsstrafgesetzbuch geht.

Wieder ein Schrei nach dem Zuchtstrafgesetz. Der Arbeitgeberverband Deutscher Papier- und Zellstoff-Fabrikanten beschloß in seiner in Straßburg i. E. abgehaltenen Hauptversammlung erneut und nachdrücklich, die Forderung nach einem wirksameren Schutz der Arbeitswilligen zu erheben. Auch bedauerte die Verbandsversammlung die ablehnende Stellungnahme des Reichstags in seiner Sitzung vom 22. Mai ds. Js. gegenüber den Arbeitswilligen.

Das Zentrum im Schlepptau der Agrarier. In einer Versammlung der nationalliberalen Partei in Reivig (Rheinland) wurde nach einem Bericht der „Köln. Ztg.“ ausgeplaudert und durch zwei Redner vom Bund der Landwirte bestätigt, daß die beiden Zentrumsabgg. Dr. Bell (Moers-Rees) und Kozmann (Dittweiler) sich bei der letzten Reichstagswahl auf das Programm des Bundes der Landwirte, also auf den lückenlosen Posttarif, verpflichtet haben. Was werden die katholischen Arbeiterwähler, die diesen Provertreuerern ihre Stimmen geben, sagen?

Die Versicherung italienischer Arbeiter. In Rom tagte eine Konferenz von Vertretern der deutschen und der italienischen Regierung. Es wurde eine Uebereinkunft geschlossen, nach der die italienischen Arbeiter in Deutschland in die Reichsversicherung einbezogen werden.

## Söhne ihrer Väter.

Roman von Max Kreger.

66

(Fortsetzung.)

Unten standen Leute vor der Türe, denn es hatte sich reich herumgesprochen, daß da oben ein „Millionier“ wohne, der sich das Fräulein bei der Schröpfen als Braut geholt habe. Auch der dicke Budider zeigte sich im Keller. Die Hände hinter dem Kopf seiner blauen Schürze. Oben streckte Frau Schröpf den Kopf zum Fenster hinaus. Malva winkte noch einmal hinauf; Silvester zog den Hut, dann rollte die Droschke davon. Ein paar Jungen schrien hinterher, während die Klatzweiber endlich den Mund rührten konnten.

Nach kaum einer halben Stunde war Malva in einem der besten Hotels nahe den Linden untergebracht. Silvester übermittelte dem Direktor seine besonderen Wünsche und begleitete sie im Lift hinauf in ihre Zimmer. Der Name Trost war das Machtwort, das Meißel einflößte. Unterwegs hatte sie ihn zwar gebeten, nur ein bescheidenes Hotel zu wählen; kaum aber befanden sie sich inmitten der Stadt, sah er Berlin im elektrischen Glanz aufstehen, so regte sich wieder die Verschwendernatur in ihm. Die Braut eines Silvesters sollte einer Fürstin gleich behandelt werden, wenn er sie auch aus dem Dunkel der Vorstadt herausgerissen hatte. Malva lachte zwar und fand es furchtbar komisch, als sie im ersten Stockwerk Salon und Schlafzimmer beziehen sollte, deren Pracht sie beinahe beängstigte; dann aber kam die Dame in ihr zum Durchbruch, und so paßte sie sich rasch den neuen Verhältnissen an. Sie wollte noch ein wenig auspacken und sich umkleiden, und so verließ Silvester sie mit der Verabredung, spätestens in einer Stunde wieder bei ihr zu sein.

Vor dem Hotel sah Tilius noch immer in der Droschke, die seine lang von sich gestreckt, ungefähr wie ein unglücklicher Träumer, der das Märchenschloß vor sich sieht, in dem all seine Hoffnungen begraben liegen. Fortwährend dachte er über den Stoff zu diesem Roman nach, den er über kurz oder lang doch schreiben mußte. Dabei

fühlte er sich ganz bedeutend gehoben, denn der Portier und die Sotelnaben hatten auch ihm ihre Kopfnider gemacht und die vorüberziehenden Leute streiften ihn mit ihren Blicken. Silvester rief dem Kutscher eine neue Adresse zu und flog wieder ein, wobei er gewissermaßen im Tone des großen Mannes sagte: „Nun, lieber Freund, werden Sie hoffentlich nichts dagegen haben, wenn ich Ihnen eine kleine Ueberraschung bereite. Fräulein Hedert bittet Sie ganz besonders darum und Sie werden doch galant genug sein, sich nicht dagegen aufzulehnen.“

„Aber natürlich, natürlich“, erwiderte Tilius ahnungslos. Schon nach fünf Minuten hielt der Wagen wieder, diesmal weiter unten in der Friedrichstraße, wo Silvesters Schneider wohnte. Das Modemagazin war noch hell erleuchtet und als er Tilius hineingeschoben hatte, empfing ihn wieder Florian mit seinem tiefen Büdlich. Silvester machte nicht viel Worte, sondern sagte verbindlich: „Dieser Herr hier, mein Freund, ein bedeutender Dichter, wünscht von Ihnen auf der Stelle neu eingekleidet zu werden. Anzug, Paletot, Hut — alles, was zu einem Gentleman gehört. Prima, prima. Bitte auf mein Konto.“

Tilius war starr und wollte sich wehren, aber schon hatte Florian den Vorgang erfasst und vollendete die Ueberrumpelung, indem er dem Dichter eigenhändig das Mantelchen abhalf und ihn bat, einem der herbeigeeilten Verkäufer zu folgen. Und ganz auf diesen wichtigen Augenblick gestimmt, sagte er gemüßlich: „Bei Herrn von Trost gibts keinen Widerspruch, Herr Doktor. Sie müssen, Sie müssen!“ Natürlich hielt er ihn für einen der von seinem reichen Kunden Begünstigten.

„Ja, sehe Sie also in einer Stunde im Hotelbestäub“, sagte Silvester freundlich und reichte ihm die Hand. Tilius hatte kaum Worte mehr. Er sah die glänzenden Räume, die aufgestapelten fertigen Anzüge, die Kostüme und sah sich umringt von geschäftigen Leuten, die nur darauf warteten, ihn zu bedienen. Und so fühlte er sich gleichsam unwiderstehlich gelockt, sanft herangezogen zu dieser Herrlichkeit, in der er bereits sein neues Ebenbild sich spiegeln sah. Wenn dieser tolle Mensch es nun einmal

wollte — warum nicht. Nur die Lumpen waren beschneiden. Zugleich nahm er sich vor, ihn morgen schon nach der Rechnung zu fragen. Und wenn es auch nur eine Redensart sein sollte.

Silvester war noch nicht hinaus, als ihn Florian bescheiden bei Seite nahm. „Meine schönste Gratulation noch, Herr von Trost“, dienerte er abermals los. „Ich hab's schon im Abendblatt gelesen. Ein prächtiges Weihnachtsgeschenk für Ihren Herrn Papa.“

Als wäre ihm das nichts Neues mehr, dankte Silvester und stürmte hinaus. Aber schon an der Leipziger Straßeließ er wieder halten und kaufte mehrere Abendzeitungen von dem dort postierten Händler. Und während er dann dem Potsdamer Platz zufuhr, fand er im Strahlenglanz des elektrischen Lichts die bedeutame Nachricht bestätigt. Arno Trost war in den erblichen Adelsstand erhoben worden. Der kürzlich ausgesprochenen Vermutung war unmittelbar die Tatsache gefolgt, die der Draht heute durch die halbe Welt trug, wenigen zur Freude, vielen aber zum Neide. In Güttenlicht würde man jubeln und im Internationalen Hof sah vielleicht um diese Zeit ein Mann, der den Zufall glücklich pries, daß ihn diese Nachricht gerade hier in Berlin erreichte, wo er seinem allergnädigsten Landesherren am nächsten war. Ein denkwürdiger Tag heute — Silvester mußte es sich gestehen. Am Abend war sein großer Vater geflogen, nachdem er am Vormittage den einzigen Sohn erniedrigt hatte. Silvester empfand keine Freude. In seinen Schadel wollte etwas nicht hinein, was zwar immer wiederkehrte, jedoch den Weg zu seiner Vernunft nicht fand. In den Adel erhob er sich Er wehrte sich gegen dieses Wort wie gegen einen fremden Eindrud, der etwas Störendes im Gemüte entfachte. Befah sein Vater Eigenschaften, die diese Erhebung erforderlich machten, in seinen Augen erklärlich machten? Neugierlich sicher. Als Gentleman, als Industriefürst, in dem der Handel mit Achtung emporzusehen hatte. Die Welt mußte das, und nicht einer wäre gewesen, der bestritten hätte, einen in seiner Art genauen Menschen, einen „Tipp-topp-Grenmann“ vor sich zu sehen. Aber ihm, Silvester, war er etwas anderes: der Ehebrecher, der zu

Chr tenden merkbart des Me deutsche g l i h e trug sch erwerb's Firma trums  
S im B gen hat den Ber hatten i Als dre löst mo auf der gingen, fielen d Stöden den We Ströme sich auf — zwei drei B find. G gahl Nö rtenbe hien ha los geg haben d der Näl ternn und Se findliche tern ni ihren K schwer b Nacht i gefalle Wat g Ein Sp kam, nu Wir ju wenn tw Berjam tag aber des gel mußten für die  
Deferre Das für das des 8. M u b o i am ruf ten schles war im gegen der nach 8. M 5127, ch forschrit 24. Septe  
Fran Im S gierung's Seltr Eingaben heinde E dung des son Gebi Darn  
berichtet über den Gemeinbe  
trigant, entfleide über str geschafte wollte i dete und berichmar Trost bli sah. Jan aufstieg, Geister n Nichtfülln annungen zog den s hörte es feurige C Monchen schien. E seine Sec aus dem men Gei schrien.  
Und t rafh der Erleichter himprach  
Nach Stimmun der Ueber leben, her Bestäub Silvest plättet am mener.“



umfassen aus... beralen. Bei... ist der eine... Wahlmänner... gewähl... Fortschritt... demokratische... ordnetenwahl... Das Los ent... Die Genossen... feinerzeit... Schulleute... b. Erfa im... rob verletz... 105 und 106... beim Land... eben; auf die... ne Beschwerde... folgende Ant... Kolb u. Gen... wider §§ 106... die Verfügung... ist nicht be... 106, 108... Sendeln er... erlangen widerrecht... Sie ist... kann daher... des brennlichen... 78 und 84 der... Erste Staats... identen des Ab... en, keine Folge... den Bestand der... die nach sei... Er selbst, sowie... der, Kottensberg... mähig. (unserlich)... felten in einer... Behörde aus... nunmehr die... ungenuss wird... entscheiden, ob... die Verfassung... usgesetzt. Der... Zellstoff-Fabri... abgehaltenen... ch, die Forde... Arbeitswilligen... sberverammlung... gung in seiner... den Arbeits... er. In einer... in Neuwies... „Pöln. Sta.“... um Bund der... rumsabgab. Dr... eiler) sich bei... des Bundes... Bolltarif, ver... schen Arbeiter... timmen geben... In Rom tagte... chen und der... Uebereinkunft... ter in Deutsch... werden... waren besch... schon nach der... r eine Medens... n Florian be... te Gratulation... als los. „Ich... ächtiges Weib... ranke Silber... zupziger Straß... Wendezeitungen... hrend er dann... Strahlenglanz... richt bestätigt... d erhoben wor... ung heute durch... ielen aber zum... und im Inter... ein Mann, der... nachricht gerade... gnädigsten Lan... iger Tag heute... Abend war sein... um Vormittag... bester empfand... etwas nicht... ch den Weg... el erhob en... en einen frem... emüte entfa... Erhebung er... ächtlich mach... industriefürst, u... en hatte. Als... ewesen, der be... Menschen, einer... Aber ihm... recher, der im

**Christlicher Terrorismus.** Anlässlich eines unbedeutenden Wortwechsels, wie er sich täglich in Betrieben bemerkbar macht, schlug das christlich-organisierte Mitglied des Metallarbeiterverbandes Sandig einem Kollegen vom deutschen Metallarbeiterverband mit einem Stück glühenden Eisens ins Gesicht. Der Geschlagene trug schwere Verletzungen davon, die ihn auf längere Zeit erwerbsunfähig machen. Der Tatort ist der Betrieb der Firma Weisse u. Komp. in Düsseldorf. Ob sich die Zentrumspresse um diesen Fall ebenfalls annehmen wird?

**Streikbrecher-Apachen.** Ein Trupp der in Görlitz im Betriebe der Waggonfabrik internierten Arbeitswilligen hat Sonntag Morgen auf der zum Bahnhof führenden Berlinerstraße einen regulären Liederfall verübt. Sie hatten sich in einem dort befindlichen Nachtcafé festgesetzt. Als drei vom Bahnhof kommende Streikposten, die abgelöst worden waren, den Weg in die Stadt nahmen und auf der andern Seite der Straße an dem Café vorübergingen, stürzten an zwanzig dieser Kommandos heraus, überfielen die Streikposten und hieben mit ihren starken Klöden in fürchterlicher Weise auf sie und die ihnen in den Weg kommenden Passanten ein, so daß das Blut in Strömen floß. Von den drei ärztlich Mißhandelten, die sich auf der nächsten Unfallstelle verbinden lassen mußten, — zwei wurden nach dem Krankenhaus überführt — sind zwei Personen, die am Streik überhaupt nicht beteiligt sind. Einem von diesen Geschlagenen ist außer einer Anzahl Löcher, die ihm in den Kopf gehauen wurden, das rechte Bein zerrinnert worden. Wie wildgewordene Bestien haben diese Apachen gehaust. Die Polizei war machtlos gegenüber diesem Gesindel. Am demselben Morgen haben dann die Streikbrecher einen Liederfall auf die in der Nähe der Fabrik friedlich stehenden Streikposten unternommen. Nach Mitternacht stürzten sie, nur mit Hölz und Hemd bekleidet, aus einer neben dem Fabrikort befindlichen kleinen Tür, die bisher immer von den Arbeitern nicht benutzt werden durfte, und hieben mit ihren Knütteln auf die Streikposten ein, von denen einer schwer verletzt wurde. Weiter wurden am Tage und in der Nacht Passanten von herumtollenden Knüttelrägern angefallen und bedroht. Ein Werkmeister wurde angebrüllt: „Was guckst du Hornochse, ich habe dir den Schädel ein!“ Ein Spaziergänger, der gegen Mitternacht nach Hause kam, wurde von zwei Knüttelrägern angefallen und bedroht: „Wir jucken Streikposten; es sind acht Mann draußen; wenn wir die erwischen, sind sie alle geliefert.“ In einer Verammlung der Frauen der Streikenden, die am Montagabend stattfand, wurde mitgeteilt, daß die Mitglieder des gelben Arbeitervereins des Betriebs Hand anlegen mußten bei der Desinfizierung der Strohhäute und Decken für die dem Staate nützlichen Elemente.

**Ausland.**

**Österreich.**

**Das Mandat Silberers.** Unsere Wiener Genossen haben für das durch den Tod Silberers erledigte Reichsratsmandat des 3. Wiener Gemeindebezirks (Landstraße) den Genossen Rudolf Müller vom Eisenbahnerverband aufgestellt, der im vorigen Parlament von ihm bei einer Nachwahl eroberten schließlichen Wahlkreis Freibadler vertreten hat. — Silberer war im Sommer 1911 in der Stichwahl mit 8346 Stimmen gegen den Christlichsozialen gewählt worden. In der Hauptwahl war das Verhältnis: Silberer (Soz.) 6602 (1907: 5127), christlichsozial 5784 (7834), deutschnational 1726, deutschfortschrittlich 783, tschechisch 326. Die Erstwahl findet am 24. September statt.

**Badischer Landtag.**

84. Sitzung der 2. Kammer.

**Karlsruhe, 20. Juni.**

Präsident Rohrbuch eröffnete 14 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Minister Frhr. von Bodman und Regierungskommissare.

Sekretär Abg. Müller-Weinheim (natl.) zeigte die neuen Eingaben an. Es war eine Petition eingekommen von der Gemeinde Sedenheim zu dem Gesetzentwurf betr. die Eingemeindung des Rheingebietes zu Mannheim und der Abtretung von Gebietsteilen der Stadt Mannheim an Sedenheim.

Darnach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Dr. Frank (Soz.)

berichtete namens der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf betreffend die Vereinigung der Gemeinde Dill-Weihenfelden mit der Stadtgemeinde Forzheim.

Die Vorlage entspricht den Wünschen beider Gemeinden. Das Gesetz trifft folgende Bestimmungen: Die Gemeinde Dill-Weihenfelden wird auf den 1. Januar 1913 aufgelöst und mit der Stadtgemeinde Forzheim zu einer einfachen Gemeinde vereinigt. Auf die bisherigen Bürger der Gemeinde Dill-Weihenfelden findet die Uebergangsbestimmung des § 7 letzter Absatz der Städteordnung Anwendung. In öffentlich-rechtlicher Beziehung kommt dem bisherigen Aufenthalt in Dill-Weihenfelden die gleiche Wirkung zu, wie jenem in Forzheim. Bis zur nächsten Erneuerungswahl des Stadtrats von Forzheim treten diesem zwei vom Gemeinderat in Dill-Weihenfelden aus seiner Mitte gewählte Mitglieder bei. Bis zur nächsten regelmäßigen Erneuerungswahl der Stadtverordneten der Stadt Forzheim treten diesen sechs weitere Mitglieder bei, welche vom Bürgerausschuß von Dill-Weihenfelden aus seiner Mitte zu wählen sind. Scheidet einer der hiernach gewählten Vertreter nach der Eingemeindung aus, so hat der Bürgerausschuß der Stadt Forzheim den Ersatzmann je aus der Zahl der derzeitigen Mitglieder des Gemeinderats oder des Bürgerausschusses der Gemeinde Dill-Weihenfelden zu wählen. Mit dem Zeitpunkt der Eingemeindung scheidet die Gemeinde Dill-Weihenfelden aus dem 49. Landtagswahlkreis aus und wird in Bezug auf die Wahlkreiseinteilung als ein Bestandteil der Stadt Forzheim (47. und 48. Wahlkreis) behandelt. Das Ministerium des Innern, soweit erforderlich im Benehmen mit den anderen Ministerien, ist mit dem Vollzug beauftragt. Soweit die gesetzlichen Bestimmungen. Es wurde außerdem eine besondere Vereinbarung zwischen den Gemeinden Forzheim und Dill-Weihenfelden über die Grundstücke ihrer Vereinigung getroffen. Die Regierung hat sich mit dieser Vereinbarung einverstanden erklärt. Am 29. April, besloß die Bürgerausschüsse beider Gemeinden nahezu einstimmig die Eingemeindung. Vor 8 Jahren war schon eine Bewegung zur Eingemeindung vorhanden. Man wurde damals aber nicht einig. Dill-Weihenfelden erreicht durch die Eingemeindung Vorteile, aber auch für Forzheim erwachsen Vorteile. Die Bedenken, die sonst gegen Eingemeindungen geltend gemacht werden, treffen hier nicht zu. Dill-Weihenfelden ist heute schon fast völlig industrialisiert. Wirtschaftlich sind Forzheim und Dill-Weihenfelden heute schon vereinigt. Die Kommission stellt den Antrag, dem Gesetze zuzustimmen.

Abg. Stodinger (Soz.):

Bei der Vereinigung der Stadt Forzheim mit der Gemeinde Dill-Weihenfelden haben wir es mit einer natürlichen, aus den Verhältnissen notwendig gewordenen Eingemeindung zu tun. Die Eingemeindung hat sich für Dill-Weihenfelden aus der Erfüllung einer Reihe von Aufgaben ergeben, die es allein schwer ausführen kann. Aus den Verhältnissen heraus ist der Zeitpunkt der Vermählung beider Gemeinden gekommen. Man hat sich über die Bedingungen der Eingemeindung geeinigt. Es sind dabei nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen. Daran läßt sich heute aber nichts mehr ändern. Nach der Eingemeindung wird die Stadt Forzheim in die Lage versetzt, ein Wasserwerk zu errichten. Es wird mit dieser bedeutenden Anlage Forzheim in die Reihe der Großstädte einreihen. Ich kann den Neuwahlmännern, an deren Trauertag wir heute mitwirken, nur Glück und Segen wünschen. (Heiterkeit.)

Abg. Odenwald (Fortschr. Volksp.): Die Bestrebungen auf eine Eingemeindung von Dill-Weihenfelden in Forzheim gehen schon mehrere Jahre zurück. Persönlich bin ich kein Freund von Eingemeindungen. Ich gebe aber zu, daß die Verhältnisse sich mit der Zeit derart ändern können, daß man sich auch für eine Eingemeindung aussprechen kann. Das ist hier der Fall. Dem Gesetze werde ich zustimmen. Ich habe aber den Wunsch, daß Dill-Weihenfelden nach erfolgter Eingemeindung nicht sofort mit zu großen Forderungen an die Stadt Forzheim herantrete.

Nach einem Schlusswort des Berichterstatters Abg. Dr. Frank (Soz.) wurde das Gesetz einstimmig angenommen.

Abg. Kramer (Soz.) erstattete namens der Petitionskommission Bericht über die Petition des Gemeinderats Wieblingen um einen Staatsbeitrag zur Wasserversorgung. Die Kommission beantragte Uebergang zur Tagesordnung.

Präsident Rohrbuch: Es ist ein Antrag des Abg. Pfeiffle u. Gen. eingegangen, die Petition der Regierung empfehlend zu überweisen.

Abg. Pfeiffle (Soz.): Der Beschluß der Kommission hat mich nicht wenig überrascht. Ich hätte erwartet, daß die Verhältnisse der Gemeinde Wieblingen in der Kommission eine wohlwollendere Würdigung gefunden hätten. Die wirtschaftlichen und kommunalen Verhältnisse Wieblingens sind nicht derartige, daß es auf eine Unterstützung verzichten könnte. Der Redner ging des Näheren auf die Petition ein und erforderte die Regierung dem Wunsch der Gemeinde Wieblingen zu entsprechen.

Geh. Oberregierungsrat Wiener: Die Regierung wäre gerne bereit, der Petition zu entsprechen, aber die Mittel, die zu solchen Unterstützungen zur Verfügung stehen, sind beschränkt. Wir müssen daher vor allem die Gemeinden berücksichtigen, von denen feststeht, daß sie ohne Staatsmittel keine Wasserversorgung erzielen können.

Der Antrag Pfeiffle (Soz.) wurde hierauf mit Mehrheit angenommen und damit der Kommissionsantrag abgelehnt.

Abg. Schmidt-Singen (natl.) berichtete für die gleiche Kommission über die Petition des badischen Landstrafenwärtersvereins um Verbesserung der Gehaltsbezüge und etatmäßige Anstellung. Die Kommission beantragte, über die Petition, soweit sie die etatmäßige Anstellung erzieht, zur Tagesordnung überzugeben, sich aber dahin auszusprechen, daß die Lohnverhältnisse der Landstrafenwärters, besonders auch derjenigen, welche keinen Nebenverdienst haben, eine Besserung erfahren, daß bezüglich der Wünsche auf Urlaub entgegengekommen wird, und daß das Verlangen auf Entschädigung für Geräte Berücksichtigung findet.

Abg. Weiskopf-Mehrfach (natl.): Eine bessere Bezahlung der Landstrafenwärters ist dringend geboten. Sie müssen eine solche Entlohnung erhalten, daß sie davon leben können. Ich bin der Auffassung, daß eine Gehaltsregulierung möglich ist, indem man aus den heute bestehenden vier Lohnklassen drei Lohnklassen macht. Die Regierung ersuche ich, nach dieser Seite hin die Angelegenheit einer Prüfung zu unterziehen.

Abg. Müller-Schopfheim (Soz.): Auch wir sind der Auffassung, daß die Bezahlung der Landstrafenwärters eine vollständig unzureichende ist. Kein Stand ist so schlecht bezahlt wie gerade dieser. Sogar ein Arbeiter verdient mehr. Es sind wahre Hungerlöhne, mit denen der Staat diese Leute bezahlt. Die Landstrafenwärters haben eine beschwerliche Arbeit und sind dabei gezwungen, oft stundenweit zu gehen. Nicht alle besitzen einen landwirtschaftlichen Nebenverdienst. Das kommt aber auch gar nicht in Betracht, denn man muß verlangen, daß die geleistete Arbeit eine entsprechende Bezahlung findet. Es bestehen bei den Landstrafenwärters auch Beschwerden hinsichtlich der Handhabung des Urlaubs.

Abg. Reinhardt (Zentr.) sprach sich ebenfalls für eine Besserstellung der Landstrafenwärters aus, wobei er darauf hinwies, daß die Strafenwärters in Württemberg bei der gleichen Arbeit jährlich 350 Mk. mehr Bezahlung haben, als die badischen Landstrafenwärters.

Die Abg. Duffner (Zentr.) und Bauschbach (kon.) befüworteten gleichfalls eine bessere Entlohnung der Landstrafenwärters.

Abg. Benedy (Fortschr. Volksp.): Namens meiner politischen Freunde kann ich ebenfalls unsere Sympathie für die Petition aussprechen. Wir sind schon in früheren Jahren für die Wünsche der Landstrafenwärters eingetreten. Die Zeiten des Nebenverdienstes für diese Leute sind heute vorbei. Wir müssen verlangen, daß die Landstrafenwärters so bezahlt werden, wie dies in den Nachbarstaaten geschieht. Man wird auch dazu kommen müssen, einen Teil der Landstrafenwärters mit der Zeit etatmäßig zu machen.

Abg. Morgenthaler (Zentr.) wies darauf hin, daß es nicht nur mit den Lohnverhältnissen der Landstrafenwärters, sondern auch mit deren Pensionsverhältnissen schlecht bestellt ist.

Ministerialrat Schäfer: Was die Bezahlung der Landstrafenwärters betrifft, so hat die Regierung bestehende Gehälter beseitigt und in dem letzten Jahrzehnt für die Landstrafenwärters getan, was nach Lage des Staatshaushalts und im Hinblick auf die Tätigkeit der Landstrafenwärters vertretbar war. Sie hat in den letzten 12 Jahren die Löhne um 50 Prozent erhöht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Mit dem Voranschlag der Kommission, eine stetige Besserung der Bezüge eintreten zu lassen, ist die Regierung einverstanden. Das Los der Landstrafenwärters ist übrigens nicht so trübe, wie es geschilert wird. Wenn die Bestimmungen über die Urlaubsbeteiligung richtig gehandhabt werden, können keine Beschwerden bestehen. Bei einer nicht richtigen Handhabung sollen sich die Landstrafenwärters an die vorgelegte Behörde wenden. Was die Entschädigung für Geräte betrifft, wird die Regierung prüfen, ob nicht eine Abfindung bezahlt werden soll, wie sie überhaupt all die heute gegebenen Anregungen einer Prüfung unterziehen wird.

Abg. Kolb (Soz.):

Der Vertreter der Regierung hat sich die Beweisführung für den Regierungsstandpunkt sehr leicht gemacht. Wenn er sagt, daß in den letzten 12 Jahren die Löhne der Landstrafenwärters um 50 Prozent besser geworden sind, so beweist das gar nichts dafür, daß die Landstrafenwärters heute nicht so bezahlt sind, wie es sein sollte. Die Herren, welche die schlechten Löhne entschuldigen, die sollten einmal mit einer jährlichen Bezahlung von 700 bis 800 Mk., wie sie die Landstrafenwärters erhalten, leben müssen. Sie würden dann zu einer andern Auffassung kommen. Der heutige Lohn der Landstrafenwärters ist ein derartiger, daß der Staat sich dessen schämen sollte. Die Arbeit der Landstrafenwärters ist eine derartige, daß man sie mit solchen Löhnen nicht bezahlen sollte. Es ist kein Raum für Baden, daß es bezüglich der Löhne für diese Leute hinter andern Staaten zurücksteht.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Reinhardt (Zentr.), des Ministerialrats Schäfer und des Berichterstatters Schmidt (natl.) wurde der Kommissionsantrag einstimmig angenommen.

Es berichteten für die gleiche Kommission weiter

Abg. Kahn (Soz.) über die Bitte des früheren Revisionsbaurats Josef Drogler in Karlsruhe um Wiederbenennung im badischen Staatsdienst; Antrag: Uebergang zur Tagesordnung;

Abg. Wiedemann (Zentr.) über die Petition des entlassenen Schutzmanns Nebhan in Baden um Wiederbenennung im staatlichen Dienste; Antrag: Uebergang zur Tagesordnung.

Beide Anträge fanden ohne Debatte Annahme, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. — Tagesordnung: Petitionen.

**„Umsomehr freue ich mich auf den Durchfall — in dieser Nacht,“** erwiderte Tilius heiter. „Ich bin neugierig, was Sie noch weiter aus mir machen werden, Herr von Trost.“

Da wurde Silberer plötzlich ernst und bat, diese neue Anekdote nicht auf ihn zu übertragen, weil er nicht teilhaftig sein wolle einer Auszeichnung, die er nicht verdiene.

Dann gingen alle drei in eine Weinstube, wo sie lange gemütlich zusammen saßen.

(Fortsetzung folgt.)

**Kleines Feuilleton.**

**Allgemeiner Kunstgewerbezeiger.** Der vom Verband der Kunstgewerbezeichner aus Anlaß der hiesigen Gewerbeausstellung 1912 geplante „Allgemeine Kunstgewerbezeiger“ findet in der Zeit vom 29. Juni bis 2. Juli in München statt. — Die Kunstgewerbezeichner müssen sich noch häufig eine falsche und schiefe Beurteilung und Wertung gefallen lassen, weil ihre Stellung und ihr Wirken im neuzeitlichen Kunstgewerbe noch sehr unklar sind. Der Zeiger soll darum die Öffentlichkeit über die Bedeutung der Zeichner für das heutige Kunstgewerbe, über ihre künstlerische Gestaltung sowie über ihre soziale Lage aufklären. Die Hauptverhandlungen finden am Sonntag, den 30. Juni, vormittags 10 Uhr, im Münchener Kunstgewerbehaus statt. Es referieren der Privatdozent an der kgl. techn. Hochschule zu München Herr Dr. phil. Popp über „Die Aufgaben und Entwicklungstendenzen des neuzeitlichen Kunstgewerbes“, sowie der Vorsitzende des Verbandes der Kunstgewerbezeichner, Herr Herrm. Weich, Berlin über „Die Stellung und Aufgaben der Zeichner im Kunstgewerbe.“

An den Verhandlungen können alle deutschen Kunstgewerbezeichner und sonstigen Interessenten teilnehmen. Auskunft erteilt die Verbandsgeschäftsstelle in Berlin SO. 16, Wusterhausenstraße 12.

**Badische Politik.**

**Die Freiburger „Tagespost“**

beruht das taktische Verhalten ihres Redakteurs, der in Zentrumsverfammlungen rein gesellschaftliche Vorgänge beim Besuch des Landtags in Freiburg politisch demagogisch ausschaltet, damit zu rechtfertigen, daß sie erklärt, es sei kein Wunder, daß den badischen Sozialdemokraten der Stamm immer mehr schmilzt, wenn, sogar der Dekan der juristischen Fakultät einer angesehenen Universität die Bekanntheit des sozialdemokratischen Führers Kolb durch Vermittlung sucht. Dieser Vorgang müßte festgenagelt werden. Nun desgleichen „Verbrechens“ haben sich auch Angehörige der Zentrumsparthei schuldig gemacht. Gelegentlich der Besichtigung eines Schulhauses hat sogar der Großherzog von Baden durch die Vermittlung des Karlsruhe Oberbürgermeisters sich die beiden sozialdemokratischen Stadträte Gock und Kolb vorstellen lassen und Prinz Max von Baden hat sich bei einem parlamentarischen Abend sogar mit einer ganzen Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter längere Zeit unterhalten. Für anständige Menschen sind solche Vorgänge im gesellschaftlichen Leben aber kein Anlaß, in der widerlich demagogischen Weise sie zum Gegenstand politischer Verdächtigungen in Volksversammlungen zu machen, wie das der Redakteur der Freiburger „Tagespost“ tut, der sich



ein klares Urteil über die revolutionäre Sozialdemokratie gebildet hat und konsequent darnach handelt," indem er Herrn Professor Merkel verdächtigt, er habe es sich zur besonderen Auszeichnung angerechnet, die Bekanntschaft des Genossen Kolb zu machen. Natürlich hat die Freiburger „Tagespost" die letztere Behauptung sich nur zu dem Zwecke zusammenphantasiert, um ihrer perfiden Verdächtigung wenigstens den Schein einer Unterlage geben zu können.

Die Zentrumspreise vergiftet den politischen Kampf nachgerade in einer Weise und drückt ihn auf ein so erbärmliches Niveau herunter, daß man sich ernstlich fragen muß, ob man sich auf einen solchen Kampf überhaupt noch einlassen soll. Und dabei kämpft diese Presse unter der Parole: „Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht". Eine größere Gotteslästerung, als die Zentrumspreise treibt, kann es kaum noch geben.

**Jungliberale Sprüche.**

Der Herr Reichstagsabgeordnete Kölsch, der von uns als das „kleinere Uebel" für die Vertretung des 7. bad. Reichstagswahlkreises gewählt wurde, hat dieser Tage im jungliberalen Verein in Heidelberg eine Rede gehalten, in welcher er sich auch mit der Sozialdemokratie beschäftigte. Ebenso wie Herr Dr. Haas will auch er uns gute Ratschläge und Zurechtweisungen erteilen und uns zur „positiven Mitarbeit heranziehen". Nach dem jetzt jungliberalen „Heidelb. Tagblatt" Nr. 140 vom 18. d. M. führte er folgendes aus:

... Weiter besprach der Redner das Verhältnis zur Sozialdemokratie, die sich endlich frei machen sollte von ihrem internationalen Dusek. Für den englischen Sozialdemokraten gilt der Spruch: „Wright or wrong, my country", und auch der französische Sozialdemokrat stellt die nationalen Interessen den internationalen voran. In eine Partei von 4 1/2 Millionen Wählern und 110 Abgeordneten könne man nicht achtlos vorbeigehen. Nicht durch Abstoßen, sondern durch Heranziehen zu positiver Mitarbeit könne etwas erreicht werden. Er wolle den Unterschied der Sozialdemokraten in Nord- und Süd-Deutschland nicht verkennen. Für Scheidemann schlage auch in seiner Brust kein Herz; ein Mann, der in Frankreich eine verächtliche Rede gegen sein Vaterland gehalten habe, könne bei der Befragung eines Ehrenplatzes im Reichstage nicht mehr in Frage kommen. Andererseits könne man aber die sozialdemokratische Partei vom Reichstagspräsidium nicht ausschließen. Der Redner meinte, daß von dem Präsidium die Sozialdemokratie unter keinen Umständen ferngehalten werden dürfe, doch müsse man verlangen, daß sie einwandfreie Männer präsentiere, die auch nach außen hin ihr Amt in schicklicher Weise zu vertreten bereit sind.

Wir wollen Herrn Kölsch seine väterliche Fürsorge für uns nicht übernehmen. Er versteht vom Sozialismus nicht mehr und nicht weniger wie die andern rechts-, links- und mittelliberalen Politiker auch. Aber zu seiner Verurteilung wollen wir ihm schon sagen, daß wir gar nicht daran denken, uns von unsem „internationalen Dusek freizumachen". Nach unserer Auffassung ist der internationale Zusammenschluß des Proletariats gegen die brutale Klassenherrschaft der Besitzenden unbedingte Notwendigkeit und daß für die englischen Sozialdemokraten der Spruch gelten soll: „Wright or wrong, my country" (auf Deutsch: „Recht oder Unrecht, mein Vaterland") ist einfach Schwindel. Die englischen Sozialdemokraten denken darüber genau so wie die deutschen und die französischen, weil eben das Wesen des Sozialismus nur international sein kann. Drüben in Frankreich werden die deutschen Sozialdemokraten ebenso als Mutterjünglinge in nationalen Fragen gezeichnet, wie es die deutschen bürgerlichen Politiker mit den Franzosen machen. Es ist das beiderseitig nur ein Trick, mit dem die bürgerlichen „liberalen" Politiker diesseits und jenseits der Vogeln ihre Festhalten an der Rüstungs- und Volksausraubungspolitik der herrschenden Klassen feige vertuschen wollen. Die deutsche Sozialdemokratie ist national im guten Sinne, indem sie unser Vaterland vor dem vollständigen Bankrott, dem es durch die sinn- und hirnlose Wettrennerei mit Sicherheit entgegengeführt wird, retten will. Daß wir „positiv mitarbeiten" wollen, haben wir schon damit genügend bewiesen, daß wir in der Stichwahl Herrn Kölsch gegen die schwarze Reaktion herausgehauen haben. Und wenn die liberalen Herrschaften uns zur „positiven Mitarbeit" heranziehen wollen, so sollten sie sich zunächst mal bemühen, uns diese nicht zu verweigern.

**Das eisenbahnfreundliche Zentrum.**

Der „Bad. Beobachter" hat sich bekanntlich entrüstet, weil die „Volksmacht" vor einigen Tagen geschrieben, die Zentrumsfraktion des badischen Landtags habe gegen die Erhöhung der Eisenbahnerlöhne gestimmt, die in einem von den Sozialdemokraten und den liberalen Parteien vorgeschlagenen Antrag gefordert worden war, welche Notiz wir ebenfalls abdruckten.

Dieser schreibt nun die „Volksmacht": „Wir gestehen, daß wir uns in einem Irrtum befanden. Wir hatten jene Kammerabstimmung im Auge, die sich mit der Ruhe- und Dienstzeit der Eisenbahner beschäftigte. Der Punkt 3 des Antrags Muser und Genossen lautete:

„Die Zweite Kammer wolle die Regierung ersuchen, eine gesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeit vorzunehmen unter Schaffung von 52 Ruhetagen, von denen 22 Sonntage sein sollen und wobei der Ruhetog in der Regel so beschaffen sein soll, daß er mit einer Nachtruhe beginnt und endet."

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Konservativen und des Zentrums mit Ausnahme des Abgeordneten Seubert angenommen. Der Antrag über die Erhöhung der Eisenbahnerlöhne ist noch nicht erledigt.

Dies zur sachlichen Richtigstellung! Aber wir müssen doch einen Einsender des „Landboten" recht geben, der sagt, wie sich denn die Abstimmung des Zentrums in der Frage der Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahner deckt mit den Versprechungen des Zentrums für die Eisenbahner bei den letzten Wahlen. Abgeordneter Reinhardt hat im letzten Winter unter den Freiburger Eisenbahner Diskussionsabende veranstaltet, wobei er es aber vermutlich unerlassen hat, auf seine Stellung zur Regelung der Dienst- und Ruhezeit einzugehen! Hoffentlich gibt er darüber im nächsten Winter den Freiburger Eisenbahner klare Auskunft."

**Sozialdemokratie und Wuchererzeuge.**

Der „Bad. Beobachter" sucht sich um das Eingeständnis herumzudrücken, daß sein schwarzblauer Bundesbruder Schmidt-Bretten in der Zweiten Kammer bezüglich der Stellung der Sozialdemokratie zu den Wuchererzeugen das Gegenteil der Wahrheit gesagt hat. Das schwarze Blatt schreibt jetzt in seiner Nr. 147, die „Volksstimme" weise „auf die Haltung sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter im Jahre 1880 und 1893" hin, „die für die Wuchererzeuge gestimmt hätten".

Darauf antwortet die „Volksstimme": Diese Art, mit den Tatsachen umzuspringen, bedeutet denn doch den Gipfel der Unaufrichtigkeit. Der Bündlerführer hatte in der Zweiten Kammer behauptet, die Sozialdemokratie habe gegen die Wuchererzeuge gestimmt. Die Unwahrheit dieses verleumderrischen Angriffs ist nachgewiesen. Es ist aber auch — aus den amtlichen Protokollen — unumwiderleglich festgestellt, daß die Sozialdemokraten sich nicht etwa der Stimme enthalten, sondern für die Wuchererzeuge abgestimmt haben.

Daß im Jahre 1893 nicht etwa nur einzelne sozialdemokratische Abgeordnete, sondern alle Mitglieder unserer Reichstagsfraktion für das Wuchererzeugen ihre Stimmen abgaben, ist unbestritten. Aber im Jahre 1880 soll der Abg. Kayser nach Angabe des „Beob." nur für seine Person gesprochen und ebenso wie seine Fraktionskollegen bei der Entscheidung gefehlt haben. Der Genosse Kayser hatte am 20. April 1880 im Reichstag erklärt, daß er für das Wuchererzeugen stimmen werde. Eine Sitzung der damals nur 10 Mann starken Fraktion hatte noch nicht stattgefunden, also konnte Kayser vorerst nur für seine Person sprechen. Aber eine Gegenklärung der Fraktion fand nicht statt. Als am 7. Mai 1880 die Gesamtabstimmung über das Gesetz erfolgte, stimmten die Sozialdemokraten für das Gesetz, die Abstimmung war nicht namentlich.

Der stenographische Sitzungsbericht (S. 1225, Spalte 2) lautet:

„Präsident: ... Wir gehen über zur Gesamtabstimmung über das Gesetz ... und bitte ich diejenigen Herren, welche das Gesetz betreffend den Wucher, in seiner Gesamtheit annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschlecht.) Das ist die große Mehrheit des Hauses; das Gesetz ist angenommen."

Wer bei dieser Affenlage weiter behauptet, die Sozialdemokraten hätten gegen die Wuchererzeuge gestimmt, ist ein Verleumder!

**Kommunalpolitik.**

Ein Kulturwerk von Bedeutung. Für die bayerische Pfalz wird in Somburg, in der Nähe der pfälzischen Kohlengruben, eine elektrische Heberlandzentrale errichtet, die etwa 80 Stadt- und Landgemeinden mit Elektrizität versorgen soll. Das Elektrizitätswerk ist als Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 8 1/2 Millionen Mark gedacht. Von diesem Kapital soll der Kreis 3,9 Millionen, die Städte 2,8 Millionen und die Schulerlandgesellschaft 2 Millionen Mark übernehmen. Den Landgemeinden muß der Kreis 900 000 Mk. zur Beteiligung überlassen. Auf je 600 000 Mk. kommt ein Aufsichtsrat, sodas das Privatkapital (Schuler) mit vier Aufsichtsräten stets dem Kreis und den Gemeinden gegenüber in der Minderheit ist. Strompreisänderungen können nur mit Dreiviertelmajorität des Aufsichtsrates vorgenommen werden, sodas eine Ausbeutung der Konsumenten durch die betriebsführende Firma so gut wie ausgeschlossen ist. Die Aktien sind unüberäußerlich. Nach 25 Jahren muß die Privatfirma ihren Besitz auf Wunsch der Allgemeinheit käuflich abtreten. Auch sonst sind die Bedingungen des Vertrages für Kreis und Gemeinden sehr günstig. Es erfolgt die Abgabe des Stromes an Private und industrielle Unternehmen nicht durch die Zentrale, sondern durch die Gemeinden, jedoch sind auch hier Ausnahmen auf Wunsch zulässig.

Erst durch den lebhaften Protest unserer Parteigenossen im Lande wurde die bayerische Regierung davon abgehalten, die geplante Zentrale der Rheinischen Schulerlandgesellschaft auszuliefern, die bereits einen Kohlenlieferungsvertrag mit den pfälzischen Staatsgruben abgeschlossen hatte. Die Regierung wertete sich aber entschieden, das Elektrizitätswerk in eigene Regie zu nehmen.

Der Stadtrat von Ludwigshafen a. Rh. beschloß in seiner letzten Sitzung den Anschluß der Stadt an die Zentrale und die Abtretung des eigenen Elektrizitätswerkes an die Aktiengesellschaft Heberlandzentrale gegen einen Kaufpreis von 1 1/2 Millionen Mark. Unter den scheinbar feindlichen Gründen stimmten alle bürgerlichen Stadträte gegen die Beteiligung an der Heberlandzentrale. — Durch die Abgabe seines Wertes und die Beteiligung an der Zentrale hat Ludwigshafen einen großzügigen Ausführung des Projekts die Wege geebnet, denn nunmehr ist der Anschluß der übrigen größeren Städte wie Kaiserslautern, Pirmasens, Speyer so gut wie gesichert. Daß die bürgerlichen Parteien gegen den Anschluß stimmten, liegt in ihrer Gegnerschaft zur Kommunalisierung der Betriebe; sie hätten lieber das Ganze dem Privatkapital überlassen. Für unsere Genossen aber lag umföweniger Veranlassung vor, dagegen zu stimmen, als auch in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse vertragliche Regelung zugesichert worden ist.

\* **Mingolsheim**, 19. Juni. Bei der Bürgermeistereiwahl wurde Mühlensbecker 9. Julier gewählt.

\* **Miesbach**, 19. Juni. Zu der in Baldorf am 28. ds. stattfindenden Gemeinderatswahl sind nicht mehr und nicht weniger als 7 Listen eingereicht worden. Auf die Veröffentlichung der Listen, die 7mal 10 gleich 70 Namen aufweisen werden, sowie auf den Ausgang der Wahl ist man hier äußerst gespannt. Der neue Bürgerausschuß selbst setzt sich zusammen aus 26 Mitgliedern der freien Bürgervereinigung, 23 Fortschrittlichen und 12 Mitgliedern des Zentrums.

**Gewerkschaftliches.**

Sind Tarifverträge steuerpflichtig? Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" berichtet, hat der Finanzminister vor einiger Zeit eine prinzipielle Entscheidung darüber getroffen, ob die Tarifverträge und Schiedsprüch der gewerkschaftlichen Einigungsämter steuerpflichtig seien. Er hat jetzt dahin entschieden, daß der Hauptvertrag der Steuer nicht unterliege, weil sich darin die Bestimmung befindet, daß die Geltendmachung irgend welcher vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Vertrage ausgeschlossen sei. Dagegen seien die örtlichen Verträge steuerpflichtig, und zwar erfordern sie einen Vertragsstempel von 3 Mk., da sie die obige Bestimmung des Hauptvertrages nicht enthalten.

Die Verhandlungen des Zentralschiedsgerichts für das Bauergewerbe dieses Mal fünf Tage in Anspruch. Von den 42 Verhandlungsgegenständen fanden nur 32 ihre Erledigung. Es ist bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß in einer Anzahl Ortsverbänden die Unternehmer wiederholt den Versuch unternahmen, mit ihren Arbeitern durch besondere Vereinbarungen bestimmte, durch den Vertrag festgesetzte Vertragsbedingungen abzugeben; wieder andere verjuchten durch gewisse Manipulationen den Vertrag zu umgehen, um sich auf diese Weise vor Erfüllung der Vertragsbedingungen zu schützen. Das Zentralschiedsgericht hat durch eine grundsätzliche Entscheidung die Abdinglichkeit des Vertrages für unzulässig erklärt.

Von Bedeutung ist eine Entscheidung, wonach die Znanpruchnahme der ordentlichen Gerichte gegen die Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts dem Tarifvertrag widerspricht und daher unzulässig ist. Die nächste Sitzung wurde für den 9. Juli vereinbart.

**Cheater und Musik.**

**Stofftheater Karlsruhe.**

Zur Erstaufführung:

**König für einen Tag.** (Oper von Adam.)

Zephoris hat die Kusine des Königs, Prinzessin Nemea, vom Tode gerettet, sich bei dieser Gelegenheit sterblich in sie verliebt, ohne eine Ahnung zu haben, wer sie ist, und sucht seit Monaten nach seiner schönen Unbekannten, ohne weiteren Anhalt als einen einfachen Ring, der durch Zufall in seiner Hand blieb, als er die Verunglückte aus Land trug. Nemea, die gleichfalls nicht weiß, wer sie gerettet hat, wird eifrig umworben von Prinz Kadoor, der gegen seinen Vetter, den König Woffoul, konspiziert und ihn mit Hilfe der Portugiesen vom Thron zu drängen hofft. Die Prinzessin weiß aber seine Bewegungen ab und — mehr um einen lästigen Freier, der ihr unympathisch ist, ein für alle mal los zu werden, als einem angeborenen starz romantischen Dange folgend — sagt sie Verz und Sand ihrem unbekanntem Retter zu. Der Zufall will, daß Zephoris, sie unvermutet wiedersehend und nun erst erahndend, daß sie Prinzessin, durch sein Benehmen dem Prinzen verrät, daß er ihr Retter ist und sie liebt. Zephoris weiß sehr geschickt die genaueren Umstände, unter denen die Rettung erfolgte, abzufragen, und nachdem er ihm, angeblich im Auftrag der Prinzessin, einen feierlichen Schwur abgenommen, gegen jedermann über den Vorfall zu schweigen, veranlaßt er ihn durch Drohungen, die auf Sicherheit und Leben seiner von ihm innig geliebten Schwester zielen, zu dem Versprechen, schon am andern Tage die Stadt zu verlassen. Dann gibt er sich der Prinzessin gegenüber für ihren Retter aus und sie kann — an ihre freiwillig gegebenen Wort gebunden — nicht gut anders, als sich mit ihm verloben! Zephoris will die wenigen Stunden, die ihm noch bis zum Tagesanbruch verbleiben, an der Stelle verweilen, wo er Nemea ans Land brachte, und

unter naheliegenden Betrachtungen darüber, wie anders alles sein könnte, wenn er nicht Fischer — sondern König wäre, schreibt er unwillkürlich die Worte in den Sand: „Wenn ich König wäre!" — Dann schläft er ein.

So findet ihn — der König, liest die Worte und — einem Einfall nachgebend — läßt er den durch den Leibarzt in festen Schlaf versenkten Fischer aufs Schloß bringen, wo dieser nun am nächsten Morgen als — „König" erwacht. Er meint erst, er träume, aber da alles ihn überzeugt, daß er wahr ist und — nach dem Befehl des Königs — ihn alle Welt als „König" behandelt, auch Nemea und der König selber, der ihm gegenüber die Rolle seines ersten Ministers spielt, so kommt seine Ueberzeugung, daß es sich nur um einen schlechten Scherz handeln könne, mehr und mehr ins Wanken. Am ein Haar wird alles veran, wie der „König für einen Tag" und Kadoor sich begegnen und erkennen. Da aber der Prinz sofort sich wieder fahrt und, der strengen Weisung des wirklich Königs folgend, entschieden verneint, Zephoris je anders denn als „König" gekannt zu haben, so ist letzterer endlich überzeugt — nimmt, wie wunderbar es ihm erscheint, Alles für Wirklichkeit, und findet sich nun schnell in die Rolle des Königs hinein. Als solcher präsentiert er auch einer Sitzung des Staatsrates, in der er u. a. Befehl gibt, das Heer, welches sich auf dem Marsch nach Bisapur befindet, um einen Aufstand zu unterdrücken, nach Goa zurückzuberufen, weil der Kriegsminister meldet, daß man seit ein paar Tagen portugiesische Kriegsschiffe beobachtet habe und er — Zephoris — zufällig weiß, daß sein Schwager in spe einen Briefwechsel vermittelt zwischen den fremden Schiffen und einem vornehmen Herrn (Kadoor). Der Prinz weiß aber die Befürchtungen des Königs und der Minister zu zerstreuen — und der Staatsrat beschließt, das Heer ruhig auf dem Marsch nach Bisapur zu lassen. Zephoris gibt scheinbar seine Zustimmung, läßt aber heimlich den schon unterschriebenen und versiegelten Befehl, der das Heer zurückrufen, abgeben. Er entbeht sich auch der Prinzessin als ihr Retter — zum Beweis den

Ring vorgehend! So kommt der Betrug heraus! Dem herbeigerufenen Hofstaat macht er Mitteilung von seiner Verlobung mit der Prinzessin und die Brautleute sollen eben in feierlicher Weise die Trauung vollziehen — da bekommt er auf Anordnung des Königs, der das Spiel doch nicht so weit gehen lassen will — einen Schlaftrunk und fällt befinnungslos nieder. Dem nun seine Ansprüche geltend machenden Kadoor scheidet Nemea vor dem ganzen Hof ihr „Vignier" ins Gesicht und das glänzende Fest endet in Mißklang mit Hader und Streit.

Am letzten Akt erwacht Zephoris wieder in — seiner Sütte und kann sich garnicht in die veränderte Lage finden; er weiß nicht: hat er alles nur geträumt — träumt er jetzt — oder ist er wahrhaftig? Nemea, die zu ihm kommt, seine Vergehung zu erbitten, deut das Spiel, das man mit ihm getrieben hat, auf und will, nachdem sie seine Vergehung erkalten hat, gehen, als sie Kadoor bemerkt, der mit Bewaffneten auf das Haus zukommt. Unheil ahnend, tritt sie auf Zephoris Drängen in Jhelids Stübchen, aber nicht, um das Haus durch die zweite Tür zu verlassen, sondern um — ungesehen — Zeuge zu sein von dem, was sich abspielt. Kadoor will Nache nehmen an Zephoris und ihn hinarichten lassen; er soll eben abgeführt werden — da tritt Nemea dazwischen und gesteht, dem „Zwange der Not" folgend, daß sie ihn liebt. Damit ist sein Schicksal endgiltig besiegelt und nur der Eintritt des Königs verhindert ein Verbrechen. Es kommt nun heraus, daß Kadoor der Abfender der Briefe an die Portugiesen war, und beschimpft und beschämt muß er das Feld räumen. Inzwischen ist das portugiesische Geschwader gelandet, aber auch das durch Zephoris zurückberufene Heer vor Goa angelangt, und an der Seite des Königs eilt Zephoris dem Feind entgegen, um nach kurzem aber hartem Kampfe als Sieger heimzukehren und aus der Hand des Königs die Geliebte zu empfangen unter dem Jubel des Volkes.







geklagte verdient für sein Eintreten im Interesse des Handwerks und der Steuerzahler, welche die Kosten bestreiten müssen, ein Lob, aber keine Strafe.

Nach einmal probierte Herr Klinkowström des Wortes Gewalt; er bezeichnete den § 10 des Reichsgerichts als Unfug, den die „Herren Genossen modernes Rechtsempfinden“ nennen. Wie weit ab war der Herr von der Wirklichkeit?

Und das Gericht? Es verurteilte, wie gestern bereits berichtet, den angeklagten Redakteur Zumbel zu 20 M. Geldstrafe und hälftiger Kostentragung. In den Ausdrücken „gewerbschädigendes Treiben“ und „Schmutzkonkurrenz“ sah das Gericht eine Formalbeleidigung, das heißt, sachlich wohl richtig, aber in der Form strafbar. Man streiche also in dem Artikel der „Volkswacht“ diese Bezeichnungen und man hat genau denselben Eindruck wie vorher, aber — „Strafe muß sein!“ Das Gericht anerkannte weiter, daß die Behauptungen, Zureich habe unter dem Selbstkostenpreis die Malerarbeit übernommen, und daß diese sehr mangelhaft ausgeführt sei, erwiesen sind, nicht erwiesen sei aber, ob Zureich an all dem selbst schuld sei. Es sei anzunehmen, daß die arbeitsergebende Behörde handwerkstümliche Arbeit wollte und keine fabrikmäßige, welche aber tatsächlich ausgeführt wurde. Dem Angeklagten Zumbel könne der § 193 nicht zugestanden werden, weil er, nach Lage der Sache, wohl berechnete Interessen gewahrt hat, hierzu aber statt das Malerfachorgan, die politische „Volkswacht“ benützte.

Letztere Deduktion können wir nicht verstehen. Es ist gerichtsnotorisch festgestellt, daß betreffende Arbeiten mangelhaft ausgeführt, infolgedessen nicht vollwertig sind, weiter, daß infolgedessen Reparaturen notwendig werden. Da die aus diesen Umständen erwachsenden Schäden aus dem allgemeinen Steuerfahel gebodt werden müssen, muß jeder Zeitung des Landes das Recht der Kritik zugestanden werden, diese Mängel zu kritisieren. Die Sachinteressen spielen erst in zweiter Linie.

Ein Rückblick auf den gesamten Tatbestand ergibt ein trauriges Bild der Handwerkerbeziehungen. Man betrachte nur den Unterschied der Submissionsangebote. Das niederste 23 000 M., das höchste 53 000 M. Wer kann denn da eigentlich rechnen? Und dabei war es durchaus keine komplizierte Arbeit. Bedauerlicherweise muß aber auch sonatitert werden, und dies mit allem Nachdruck, daß die verantwortliche Staatsbehörde es nicht für notwendig hielt, die Arbeiten amtlich nachzuprüfen und abzunehmen; sie hat hierbei offenbar vergesen, daß sie nicht Eigentümerin, sondern nur die Verwalterin der Steuer-großen ist.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Mailand, 20. Juni. Der römische Korrespondent der Perleberana will aus bester Quelle erfahren haben, daß in allernächster Zeit neue internationale Friedensvermittlungen eröffnet werden sollen. Die letzten Kämpfe in Lybien würden den Mächten dazu dienen, der Bforte die Zwecklosigkeit weiteren Widerstandes darzutun. Die Frage der Inseln des ägäischen Meeres könnte nur in der Form gelöst werden, daß eine besondere autonome Vereinigung der Inseln unter Aufsicht Italiens gebildet würde. Die Türkei werde für diesen Verlust durch einen großen Geldbetrag entschädigt werden.

Mailand, 20. Juni. Das Blatt „Memento“ meldet, daß die Türkei geneigt sei, die Oberhoheitsrechte Italiens über Tripolis anzuerkennen. Damit sei die Basis gegeben, auf der die Anbahnung von Friedensverhandlungen erfolgen kann und man darf also damit rechnen, daß binnen kurzem der Krieg sein Ende erreicht haben wird.

### Letzte Nachrichten. Aus dem badischen Landtag.

Die Budgetkommission der ersten Kammer hat beschloffen, zu beantragen, daß der Landtag bis zum Spätkjahr vertagt wird, um eventuell die Beratung einer

Vorlage über das Murgtal-Kraftwerk vornehmen zu können.

S. Die Justizkommission beschloß mit 8 gegen 6 Stimmen des Zentrums und der Konservativen die Einberleiung von Rhein an nach Mannheim.

### Der Wahlrechtsantrag abgelehnt.

Bremen, 20. Juni. Die Bürgerschaft hat den sozialdemokratischen Antrag, die Bürgerschaft wolle beschließen, an Stelle des den wirtschaftlichen Verhältnissen heute nicht mehr entsprechenden Klassenwahlrechts zur Bürgerschaft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen, in namentlicher Abstimmung mit 57 gegen 30 Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei abgelehnt.

### Die Reichstagsnachwahl in Mecklenburg-Schwerin.

Die gestern im Wahlkreis Gagenom-Grevesmühlen stattand, ergab folgendes Resultat: Sivkovich (lib.) 6670 (6140 fortjchrittliche Stimmen), Pauli (kons.) 6256 (7063) Stimmen, Kober (Soz.) 4098 (6151) Stimmen.

Es findet demnach Stichwahl zwischen dem Konservativen und dem Liberalen statt.

Die Zahlen in Klammern bedeuten die abgegebenen Stimmen bei den letzten allgemeinen Wahlen. Pauli hat bei den allgemeinen Stichwahlen mit 9865 Stimmen, gegen Kober, der 8755 Stimmen erhielt, gesiegt. Die Wahlbeteiligung war erheblich schwächer wie bei den Januarwahlen.

### Spionage.

Leipzig, 20. Juni. In dem Spionageprozeß gegen den Berliner Bildhauer Anton Nicolas aus Mex wurde gegen 5 Uhr nachmittags das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen verurtheilten Verbrechens nach § 3 des Spionagegesetzes zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. 6 Monate Untersuchungshaft werden ihm angedroht. Nicolas hatte sich seit Jahren an Solihm angerechnet. Nicolas hatte sich seit Jahren an Solihm angerechnet. Nicolas hatte sich seit Jahren an Solihm angerechnet. Nicolas hatte sich seit Jahren an Solihm angerechnet.

### Die Wehrvorlage in Oesterreich.

Wien, 20. Juni. Das Abgeordnetenhaus beendete heute die Generaldebatte über die Wehrvorlagen. Der Abgeordnete Fuchs erklärte, die Christlichsozialen würden für die Wehrvorlagen stimmen, um die Grobnachtstellung der Monarchie zu erhalten und es der Monarchie zu ermöglichen, ihren Verpflichtungen gegenüber ihrem Bundesgenossen Deutschland zu erfüllen.

### Beendeter Streik.

London, 20. Juni. Der Ausstand der Seeleute in Southampton ist beendet. Die Seeleute kehren bedingungslos zur Arbeit zurück. Gestern arbeiteten nach einer Feststellung der Londoner Hafenbehörde in den Londoner Docks 10 879 Arbeiter auf 134 Schiffen.

### Englische frauenrechtlerinnen.

London, 20. Juni. Als gestern nachmittags Lloyd George in der Caxton Hall einen National-Bazar eröffnete, wurde er von einigen Suffragetten überfallen und zur Tür hinausgestoßen. Eine packte ihn am Arme, eine andere verjuchte ihm den Hut einzutreiben. Polizisten und Saaldienner sprangen schnell hinzu und befreiten den Schatzkanzler.

### Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Bureau: Wilhelmstraße 47, II. Sprechstunden täglich (mit Ausnahme des Sonntags) mittags von 12—1/2 Uhr; am Montag, Dienstag, Donnerstag und Mittwoch abends von 6—8 Uhr im „Schwanen“ in Durlach. E. W., Söllingen. Selbstverständlich sind die ledigen Gemeindeglieder, die bei der Bürgerauswahl das Wahlrecht hatten, auch bei der Gemeinderatswahl stimmberechtigt. Es wäre Beschwerte beim Bezirksamt einzureichen.

### Verbandsanzeiger.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer Deutschlands, Zahlstelle Karlsruhe. Sonntag, 23. ds. Mts., vormittags halb 9 Uhr: Versammlung im „Löwen“ in Mörich mit Vortrag. 8742  
Karlsruhe. (Arbeiter-Radfahrer-Verein.) Samstag, 22. d. M., Versammlung im Lokal. Von 8 Uhr ab Wahl der Bundes-tag delegierten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. 8755  
Der Vorstand.  
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Am 23. Kletterabteilung um 5 Uhr nach Rotenfels. Zusammentreffen mit den Gaggenuater Sportschwestern, dann zum Felsenmeer-Batter. 2. Abteil. um 5.38 nach Doss, Yburg, Baden. Alle diejenigen welche sich an den obigen Touren nicht beteiligen, bitten wir, an der Veranstaltung der freien Turnerschaft teilzunehmen. 8741  
Karlsruhe. (Gesangverein „Gleichheit“.) Heute Freitag punkt 9 Uhr: Singstunde. Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig. Musikpunkt 8 Uhr. 8703  
Mühlburg. (Bruderbund.) Heute abend 7/8 Uhr: Probe. 8700  
Beierheim. (Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“.) Am Sonntag, 23. Juni: Familienausflug. Abmarsch halb 7 Uhr vom „Weißen Rind“. Wandborrat für den ganzen Tag ist mitzunehmen. Wir erjuchen unsere Mitglieder um zahlreichere Beteiligung. Auch Freunde und Gönner unseres Vereins sind herzlich willkommen. 8751  
Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 22. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Schwanen“: Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. 8738  
Gröningen. (Turnverein „Bahfrei“.) Kommenden Sonntag, 23. ds. Mts., gemeinsame Besichtigung des Stadtgartens in Karlsruhe. Die Mitglieder nebst Familienangehörigen sind hierzu eingeladen. Abfahrt morgens 8.12 Uhr. 8737

Nur Adlerstrasse 18a.  
Eine Partie Herren-Anzüge Mk. 9.50 bis 36.00  
Leinen- und Lüsterjoppen Mk. 1.50 bis 16.00  
enorm billig.  
Nur Adlerstrasse 18a. E. Hahn.  
Weststadt.  
Verkauf von Blauen Arbeitskleidern  
Dauerhafte gute Qualität. Billige Preise. 8743  
K. Riedling  
Leffingstraße 8, beim Mühlburger Tor.

Tel. Karlsruhe Nr. 3279.

Tel. Durlach Nr. 32.



# „Apfelgold“

Das beste mouffierende Apfelweingetränk.

Erhältlich in allen besseren Geschäften der Lebensmittelbranche oder direkt durch die alleinigen Fabrikanten:

## Brauerei Eglau Durlach

### Aussergewöhnliche

# Preisermässigung

auf grosse Posten

Herren- und Damenkleiderstoffe, Blusensstoffe, Seidenstoffe, Waschkleiderstoffe, Blusen, Kostümröcke, Unterröcke und Schürzen.

# W. Boländer

Kaiserstrasse 121.

Der Einkauf dieser durchaus kuranten, erstklassigen Ware bedeutet bei den unerreicht niederen Preisen eine grosse Ersparnis!

Gestohlen im „Ambos“.  
Diejenige Person, die am Sonntag Abend eine Blattschranke mitgenommen hat, wird aufgefordert, dieselbe spätestens bis heute Abend zurückzugeben, andernfalls Anzeige erfolgt, da diese Person erkannt ist. 8718

Oleander-Bäume  
2 große, weggangshalber für 5 M. zu verkaufen. Schiller, Schützenstraße 50, 2. Stod.

Rintheim.  
Herd, gut erhalten, billig zu verkaufen. Forststr. 63.

Marktwagen, Heberdach, sehr billig zu verkaufen. 8712  
Werderstr. 68, 3. Et. 7.

Billig zu verkaufen:  
Gute Bettstelle, Roth, neu bez. Polster 12 M., d. M. 10 M., 8714 Körnerstr. 30. 4. Et. 7.



# Hugo Landauer

Kaiserstrasse 145

KARLSRUHE

Kaiserstrasse 145

## Herren=Artikel

zu Ausnahme-Preisen

Oberhemden	Sporthemden	Herren-Westen	Westen-Gürtel
<b>Oberhemd</b> prima Percal durchgemustert 8741	<b>Sporthemd, Flanell,</b> mit abknöpfbarem Kragen	<b>Herren-Westen</b> hell gemusterter Waschstoff	<b>Westen-Gürtel, aus Satin,</b> in Tupfen-Dessins
<b>2.90</b>	<b>3.20</b>	<b>2.25</b>	<b>95</b>
<b>Oberhemd, weiss</b> Cretonne mit Brocat-Einsatz	<b>Sporthemd, Flanell, nur</b> moderne Dessins	<b>Herren-Westen, moderne,</b> helle und dunkle Dessins	<b>Westen-Gürtel</b> in blau und schwarz Foulard
<b>3.90</b>	<b>3.70</b>	<b>2.95</b>	<b>1.95</b>
<b>Oberhemd, prima Rips-Einsatz</b> beste Qualität	<b>Sporthemd, prima Zephir,</b> hell und dunkel gemustert	<b>Herren-Westen, weiss und</b> farbig, vorzügliche Qualitäten	<b>Falten-Gürtel, aus prima</b> Atlas und Foulard-Seide
<b>4.25</b>	<b>3.90</b>	<b>4.25</b>	<b>2.75</b>

## 3 Serien billige Herren-Cravatten

Regulärer Wert	Serie I	Regulärer Wert	Serie II	Regulärer Wert	Serie III
1.80 bis 2.20	jetzt <b>1.50</b>	2.25 bis 2.85	jetzt <b>2.00</b>	2.85 bis 3.90	jetzt <b>2.50</b>

**Weiche Sport-Kragen** amerikanische Form, weiss und modifarben . . . Stück **35** 3 Stück **95**

### Arbeiter-Radfahrer-Verein Karlsruhe.

Samstag, den 22. Juni, abends halb 9 Uhr,

### außerordentliche Versammlung

Zwecks Vornahme der Wahlen zum Bundesstag sowie Statutenberatung der Radfahrer-Versicherung.  
Sonntag, den 23. Juni, nachmittags, Beteiligung am Sommerfest der „Freien Turnerschaft“. Sammelplatz der Mitglieder, welche den Festzug mitfahren, halb 2 Uhr im Lokal.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Ausschuss.

### Gesangverein Bruderbund Karlsruhe-Mühlburg.

Sonntag, den 23. Juni findet laut Jahresprogramm unser

### Ausflug

statt. Zusammenkunft nachmittags halb 2 Uhr beim Durlacher-Tor. Abmarsch punkt 2 Uhr mit Musik über Durlach, Turmberg nach Gröningen (nicht Thomashof) zu Mitglied G. Braun zum „Schwanen“, woselbst ein kleiner Tanz arrangiert wird.  
Hierzu laden wir unsere werten Mitglieder sowie Freunde unserer Sache freundlichst ein.

Der Vorstand.

### Radfahrer-Verein „Vorwärts“ Karlsruhe.

Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr beginnend, findet in der Restauration Tivoli, Rippurrerstraße, unser dies-jähriges

### Gartenfest

statt, verbunden mit Preisfesten (wertvolle Preise) usw. Hierzu laden wir unsere werten Mitglieder nebst Familienangehörigen sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst ein. Das Preisfest beginnt Samstag, den 22. Juni, abends 8 Uhr.  
Die Vereinsleitung.

### Arb.-Gesangverein Freundschaft Rippurr.

Am Sonntag, den 23. Juni findet im „Bahnhof-Hotel“ unser dies-jähriges

### Gartenfest

statt, wozu wir die Arbeiterschaft von Karlsruhe und Umgebung freundlichst einladen.  
Mit freiem Sängerguß

Der Vorstand.

### Waren-Versteigerung

Sonntag, den 22. Juni, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Auftrage Rippurrerstraße 20, gegen bar öffentlich versteigern:

- 1 Partie Herrenstiefel in allen Größen,
- 1 Partie Damenstiefel in allen Größen,
- 1 Partie Kostümröcke
- ca. 50 Waschanzüge Größe 1-10,
- ca. 50 Waschlilien, Größe 1-10,
- ca. 300 Meter Kleiderzeug und Kattun,
- 20 Dutzend reinwollene Sommersocken.

Liebhaber ladet höflich ein

**J. Madlener, Auktionator.**

### 2 tüchtige Fassadenputzer

für Terranova und Vorplatz für größere Arbeiten sofort gesucht.

**Gebhard Kleiner, Kirchheimbolanden (Pfalz).**

**Kinderschankel** u. Kinder-  
schiff billig  
zu verkaufen. Werderstr. 86,  
2. St. Hs. 8768

**Bettstelle**, vollst. aufger. Bett-  
stelle, m. pol. Bettstelle  
zu verk. Ludw. Wils-  
helmstr. 18, Hof Hs. 8768

### Täglich circa 150 Liter tiefgekühlte Vollmilch

auch in kleineren Dosen sind vom 1. Juli ab an sicheren Abnehmer abzugeben. Off. unter A. W. 600 an die Exp. d. Blattes

**Fussballclub**  
SUNWAZ PHÖNIX BLAU  
1894  
e. V. 8784

Sportplatz links der Rheintalbahn entlang. Telephon 1388.  
Dienstag u. Freitag: **Übungsabend für Leichtathletik.**  
Mittwoch: **Für Fussball.**  
Sonntag, den 23. Juni 1912. Teilnahme an der **leichtathl. Veranstaltung des F.C. Südster** hier.  
Auf unserem Platze:  
Vorm. 10 Uhr: **V. Mannsch.** gegen **Beierthelm V.**  
Nachm.: **Trainingspiel.**  
Zusammenkunft im Klubhaus.

**Fussball-Club**  
Mühlburg  
Verein für  
Rasenspiele  
e. V. — Gegr. 1905.  
Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.  
Samstag: **Spielerversammlung** 9 Uhr.  
Sonntag: **II. Mannschaft** geg. **Ettlinger F.-G I** (uns. Platz)  
**III. und IV.** in Neureuth gegen **Alemannia I.** und **II. Mannschaft.** **V. Mannschaft** gegen **F.C. Südster III.** (uns. Platz).  
Abfahrt u. Beginn der Wettspiele wird in der Spielerversammlung bekannt gegeben.

**Ein anständ. Mann** a. d. Ort gesucht. Beschäftigung. Ausst. sof. kostenl. Gesl. Off. u. L. Nr. 100 an die Exped. d. Bl. erb. 8278

### Sport-

Loden-Anzüge v. Mk. 19.— an Loden-Pelerinen, Bozener Mäntel (echte Münchener Konfektion). Berg-Stiefel Rindl v. Mk. 12.50 an. Rucksäcke v. Mk. 2.— an. Aluminiumartikel. Billigste Preise infolge geringer Spesen, gute sportmässige Qualitäten.

**Sport-Beier**  
Kaiserstr. 174, b. d. Hirschstr.  
Mitglied des T.-V. „Die Naturfreunde“ 7183

**Spotbillig!** Herrenkleidung, darunter Sportanzüge von 3 Mk. an, einzelne Foppen von 1 Mk. an, Damenkleider, Kinderwägen, Schuhwaren zu verkaufen. Frankfurter, Zähringerstr. 33, 4.

**K.F.C. Frankon.**  
E. V. 8750

Heute abend 9 Uhr:  
**Spieler-Versammlung.**  
Samstag: **Vereinsabend.**  
Sonntag, Vorm. halb 10 Uhr: **A. H. - Mannschaft** gegen **Alemannia.** Abf. 8.40 Albt.-Bahn. 8760  
**II. und III. Mannschaft** in **Eggenstein.** Abfahrt 1.00 Uhr Hauptbahnhof.

### Fleisch-Verkauf.

Sonntag, den 22. Juni, von 7-11 Uhr, verkaufe ich Eisenbahnfr. 20 Ia. Qualität Wurstfleisch, extra ausgemästet, das Pfund 72 Pfg.  
**Wilhelm Neck,**  
Mellereibefugter. 8677

**Verloren** ging ein Verbandsbuch (Süd. Eisenbahner), einliegend ein Freischein der Bad. Eisenbahn. Gegen Belohnung abzugeben **Germaunstraße 3 oder 5.**

**Metropol-Theater.**  
Nur noch heute das sensationelle Lustspiel  
**Mamselle Nitouche**  
in 3 Akten.  
von **Monopol-Lustspiel.**  
**Die Blume der Mormonenstadt.**  
Drama in 2 Akten.

## Kinder-Stiefel

ZU **Extra-Preisen.**

**Rindbox-Kinderstiefel** **3<sup>75</sup>**  
breite Normal-Formen 27/30  
31/35 **4<sup>25</sup>**

**Chevrette Kdr.-Stiefel** **4<sup>25</sup>**  
braun, breite Formen 27/30  
31/35 **4<sup>75</sup>**

**Kinder-Sandalen** **2<sup>35</sup>**  
31/35 27/30 23/26  
2<sup>95</sup> 2<sup>65</sup>

## Jos. Ettlinger

Kaiserstr. 48.

te 6.  
ats.  
mittags  
stag und  
urlach.  
igen Ge-  
Wahlrecht  
tigt. Co  
ntschlands.  
ormittags  
orsch mit  
8742  
22. d. W.  
r Bundes.  
orstand.  
um 5 Uhr  
aggenauer  
2. Abtei-  
dreijährigen  
ritten wir,  
ft teilzu-  
8741  
itag punkt  
unbedingt  
8703  
Probe. 8000  
im Sonntag  
ab 7 Uhr  
angen Tag  
glieder um  
aner unse-  
8751  
ni, abends  
sammlung.  
8738  
Sonntag,  
gartens in  
origen sind  
8737  
e 18a.  
erren-  
36<sup>00</sup>  
bis 16<sup>00</sup>  
Hahn.  
bern  
8743  
er Tor.  
Nr. 32.  
ch  
7022  
Ambos  
on, die am  
eine Blatt-  
nen hat, wird  
die spätesten  
zurückzugeben.  
er erfolgt, da  
ist. 8718  
Bäume  
gehälter für  
n. Schiller,  
50, 2. Stad.  
im.  
ten, billig zu  
Forststr. 63.  
gebraucht, mit  
Heberdach, ist  
aufen. 8712  
3. St. r.  
erkaufen:  
e. Roth, neu  
4. d. 10.  
30. 4. St. r.



# Ausnahme-Angebot

für Freitag und Samstag!

Diese Extra-Preise haben nur die beiden Tage Gültigkeit!

RABATTMARKEN, trotz der billigen Preise!

<b>Damen-Hüte.</b> <b>Damenhut</b> englische Garnitur Stück <b>1.45</b> <b>Damenhut</b> reich garniert mit Blumen oder Seide . . . . . Stück <b>3.50</b>		<b>Kinder-Hüte.</b> <b>Kinderhut</b> mit Seide und Blumen garniert Stück <b>1.75</b> <b>Mädchenhut</b> mit eleganter Seidengarnitur Stück <b>2.45</b>	
<b>Stroh-Hüte.</b> <b>Knabenhut</b> glattes Strohgeflecht Stück <b>75</b> <b>Herren-Matelo</b> modernes Rustic-Geflecht Stück <b>85</b>		<b>Kinder-Waschkleider.</b> <b>Kinderkleider</b> gestreifte Stoffe, 50-85 cm lang . . . . . Stück <b>4.95</b> <b>Knaben-Anzüge</b> solide Waschstoffe, für 3 bis 10 Jahre . . . . . Stück <b>3.50</b>	
<b>Damen-Blusen.</b> <b>Batist u. Voile</b> modernste Façons Stück <b>2.95</b> <b>Batist u. Voile</b> elegante Neuheiten Stück <b>3.95</b>		<b>Damen-Kleider.</b> <b>aus Voile u. Batist</b> bedeutend unter Preis Stück <b>12.50</b> <b>aus Voile u. Batist</b> bedeutend unter Preis Stück <b>19.50</b>	
<b>Herren-Kravatten.</b> <b>Foulardbinder</b> Reine Seide, moderne Tupfen Stück <b>55</b> <b>Selbstbinder</b> Reine Seide, eleg. Muster Stück <b>75</b>		<b>Herren-Westen.</b> <b>Herren-Westen</b> aparte Waschtupfen, alle Grössen . . . . . Stück <b>2.95</b> <b>Westengürtel</b> schwarz, farbig und blaue Foulardtupfen . . . . . Stück <b>95</b>	
<b>Unterfaillen.</b> <b>mit reicher Stickerei</b> Garnierung, alle Weiten Stück <b>90</b> <b>mit imit. Klöppel</b> Einsätzen, alle Weiten Stück <b>1.25</b>		<b>Damen-Hemden.</b> <b>mit reich gestickter</b> Madeira-Passe, guter Stoff Stück <b>1.75</b> <b>mit handgestickter</b> Passe, solider Stoff Stück <b>1.35</b>	
<b>Damen-Schürzen.</b> <b>Blusenschürzen</b> türkisch gemustert, elegant verarbeitet . . . . . Stück <b>1.95</b> <b>Hauschürze</b> blau und weiss gestreift, doppelseitig mit Volant . . . . . Stück <b>1.75</b>		<b>Trikot-Hemden.</b> <b>Einsatzhemden</b> guter Rumpf und schöner Einsatz, alle Grössen . . . . . Stück <b>1.35</b> <b>Einsatzhemden</b> guter Rumpf, Ia. Pique und Zefreinsatz . . . . . Stück <b>1.95</b>	
<b>Damen-Handschuhe.</b> <b>Halbhandschuhe</b> 12 Knopf lang, modern gemustert weiss u. farbig Paar <b>38</b> <b>Halbhandschuhe</b> 12 Knopf lang, Ia. Flor, Raschelmuster . . . . . Paar <b>85</b>		<b>Damen-Strümpfe.</b> <b>leder- und feinfarbig</b> engl. lang mit Laufmasche Paar <b>58</b> <b>alle mod. Farben</b> engl. lang, Ia. Baumwolle Paar <b>65</b>	
<b>Herren-Socken.</b> <b>Schweiss-Socken</b> grau und meliert, haltbare Qualität . . . . . 3 Paar <b>50</b> <b>Socken, Seide imit.</b> mit Laufmasche, aparte Farben . . . . . Paar <b>55</b>		<b>Kinder-Söckchen.</b> <b>mod. Farben und Muster</b> Grösse 1-5 . . . . . Paar <b>28</b> <b>mod. Farben und Muster</b> Grösse 6-9 . . . . . Paar <b>35</b>	
<b>Besonders billig!</b> <b>Kindersweater</b> dunkle Farben, halsfrei, alle Grössen . . . . . Stück <b>68</b> <b>Direktoire-Beinkleider</b> , alle Farben, mit Seidenstreifen . . . . . Paar <b>1.00</b>		<b>Blusen-Kragen.</b> <b>Stickereikragen</b> moderne Ausführungen Stück <b>20</b> <b>Spachtelkragen</b> elfenbein, aparte Muster Stück <b>75</b>	
<b>Damen-Gürtel.</b> <b>Trisé-Gummi</b> mit schöner Schleife, schwarz Stück <b>58</b> <b>Lackleder</b> mit Druckknopf-Verschluss Stück <b>48</b>		<b>Damen-Halbschuhe.</b> <b>Halbschuhe</b> Derby, mit Lackkappen, mod. Form . . . . . Paar <b>4.90</b> <b>Halbschuhe</b> Derby, mit Pressfalten, echt Chevreaux . . . . . Paar <b>6.45</b>	
<b>Würfelzucker</b> 5 Pfund-Paket . . . . . <b>1.38</b> <b>Feiner Zucker</b> 10 Pfd. 2.65 . Pfd. <b>27</b> <b>Kristallzucker</b> 10 Pfd. 2.55 . Pfd. <b>26</b>	<b>GESCHWISTER</b> <h1>KNOPF</h1>		<b>Feinste Tafelbutter</b> Pfund . . . . . <b>1.35</b> <b>Bananen</b> Pfund . . . . . <b>38</b> <b>Citronen</b> extragross Dutzend . . . . . <b>55</b> <b>Rhabarber</b> Bund . . . . . <b>15</b>

Einige  
Abonn  
75 Pf.  
abgeh  
2.10 M

Es ist  
von Sp  
Sirtus  
Stürme  
beth ein  
Deus et  
alle Bir

Unw  
wenn w  
Bunsch  
organia  
scheidung  
ausgeüb  
fromme  
treter an  
flerikale  
Gewerke  
Bejahung  
Nur an  
dem rette

Es fo  
Kölnen d  
an einem  
doch nicht  
brochene  
ten sie für  
Krie be  
schaffen i  
Mittel zu  
erhalten  
aufstehen.  
Wiederho  
Signals:

Die  
grösster  
Erörterun  
für sie be  
ters und  
Die „E  
munde  
an; der  
„höchst da  
les entfi  
si je B  
bende Str  
messene  
und der  
er dem  
werde

Einfa  
ach, ich  
ihn und  
Führer  
wissen. U  
ebenfalls  
Der Vorfi  
werkstoffe  
schlossen,  
Im Herbst  
liege um  
ergreifen,  
Nachsteil  
schlagen je  
und einm  
habe.

Die Be  
sten haben  
von einem  
Wer unbef  
hat, ist zu  
der größte  
daß die er  
lage bis zu  
Batifans  
christlichen  
ordentlichen  
nicht, wie  
jeiner Stä  
und Sil  
ohne weite  
Luffion der